

---

# **DIPLOMARBEIT**

---

Herr Ing.  
**Wolfgang Johannes EGGER**

**Freihandelsabkommen  
USA –EU  
Gefahren und Chancen  
unter besonderer Betrachtung  
des Lebensmittelmarktes**

Mittweida, 2014



# **DIPLOMARBEIT**

---

## **Freihandelsabkommen USA – EU Gefahren und Chancen unter besonderer Betrachtung des Lebensmittelmarktes**

Autor:  
**Herr Ing.**

**Wolfgang Johannes EGGER**

Studiengang:  
**Wirtschaftsingenieurwesen**

Seminargruppe:  
**KW10wIA-F**

Erstprüfer:  
**Herr Prof. Dr. Johannes STELLING**

Zweitprüfer:  
**Herr Prof. Dr. Andreas HOLLIDT**

Einreichung:  
**Mittweida, 30.06.2014**

Verteidigung/Bewertung:  
**Mittweida, 2014**

# **DIPLOMA THESIS**

---

## **Transatlantic free trade agreement USA – EU risks and chances for the food trade**

author:

**Mr. Ing.**

**Wolfgang Johannes EGGER**

course of studies:

**Economic for Engineers**

seminar group:

**KW10wIA-F**

first examiner:

**Mr. Prof. Dr. Johannes STELLING**

second examiner:

**Mr. Prof. Dr. Andreas HOLLIDT**

submission:

**Mittweida, 30.06.2014**

defence/ evaluation:

**Mittweida, 2014**

## **Bibliografische Beschreibung:**

Egger Wolfgang Johannes

Freihandelsabkommen USA – EU Gefahren und Chancen unter besonderer Betrachtung des Lebensmittelmarktes - 2014. – v, 57, VII S.

Mittweida, Hochschule Mittweida, Fakultät Wirtschaftswissenschaften , Diplomarbeit, 2014

## **Referat:**

Die vorliegende Diplomarbeit befasst sich mit dem transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU welches derzeit von den beiden Staaten verhandelt, seitens der Bevölkerung aber stark kritisiert wird. In dieser Diplomarbeit werden die Wirtschaftsräume USA und EU näher erläutert, deren Geschichte und Funktionsweise beschrieben und die Gemeinsamkeiten sowie die Unterschiede der beiden Wirtschaftsmächte aufgezeigt. Im Hauptteil der Diplomarbeit werden prognostizierte Wirtschaftseffekte des transatlantischen Freihandelsabkommens veranschaulicht und im Besonderen die Bedeutung sowie die Auswirkungen für den Lebensmittelmarkt beschrieben. So wird im Speziellen auf die in der Öffentlichkeit und in den Medien häufig diskutiert Lebensmittelstandards an den Beispielen „Hormonfleisch“, genmanipulierter Mais als auch „Chlorhühnchen“ eingegangen. In den weiterführenden Kapiteln dieser Diplomarbeit werden mögliche Gefahren aber auch Chancen, welche das transatlantische Freihandelsabkommen mit sich bringt, dokumentiert und beleuchtet.



# Inhalt

<b>Inhalt</b>	<b>I</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>III</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>IV</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>V</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2 Definitionen</b>	<b>5</b>
2.1 <i>Freihandelsabkommen</i>	5
2.2 <i>Wirtschaftsraum</i>	6
2.3 <i>Lebensmittelmarkt</i>	6
2.4 <i>Liberalisierung</i>	9
<b>3 Funktionsweise der Wirtschaftsräume</b>	<b>11</b>
3.1 <i>Funktionsweise des Wirtschaftsraumes USA</i>	11
3.1.1 <i>Geschichte und Entwicklung</i>	11
3.1.2 <i>Wirtschaftsanteile</i>	13
3.2 <i>Funktionsweise des Wirtschaftsraumes EU</i>	15
3.2.1 <i>Geschichte und Entwicklung</i>	15
3.2.2 <i>Charakteristik</i>	16
3.2.3 <i>Aufbau und Organisation</i>	18
3.2.4 <i>Wirtschaftsanteile</i>	19
3.3 <i>USA – EU Vergleich der beiden Wirtschaftsräume</i>	23
3.3.1 <i>Zahlen und Daten</i>	23
3.3.2 <i>Handelsanteile am Warenhandel</i>	24
<b>4 Auswirkungen des Freihandels</b>	<b>27</b>
4.1 <i>Mögliche Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU</i>	27
4.1.1 <i>Zentrale Ergebnisse eines Freihandelsabkommens</i>	28
4.2 <i>Veränderungen für den Lebensmittelmarkt</i>	35
4.3 <i>Überblick über bestehende Freihandelsabkommen</i>	38

---

<b>5</b>	<b>Gefahren des Freihandelsabkommens.....</b>	<b>41</b>
5.1	<i>Lebensmittelstandards.....</i>	43
5.2	<i>Umwelt- und Gesundheitsschutz.....</i>	45
5.3	<i>Schadensersatzklagen.....</i>	47
<b>6</b>	<b>Chancen durch ein Freihandelsabkommen .....</b>	<b>49</b>
6.1	<i>Chancen für den Lebensmittelmarkt.....</i>	50
6.2	<i>Chancen für Umwelt- Gesundheitsstandards .....</i>	52
6.3	<i>Gewinner des Freihandelsabkommens .....</i>	53
<b>7</b>	<b>Ausblick / Schluss .....</b>	<b>57</b>
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>59</b>
	<b>Selbstständigkeitserklärung .....</b>	<b>65</b>



# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Freihandelsabkommen USA - EU .....	2
Abbildung 2: Überblick EWR .....	16
Abbildung 3: Aufbau des EWR .....	19
Abbildung 4: Weltweiter Export und Import.....	25
Abbildung 5: Aufstellung der NTB induzierten Kosten auf Kostentypen in Prozent .....	29
Abbildung 6: Veränderungen des realen Pro-Kopf-Einkommens im Liberalisierungsszenario.....	31
Abbildung 7: Brutto- Netto- Arbeitsplatzeffekte für Deutschland .....	33
Abbildung 8: Exportzuwächse nach Sektoren.....	34
Abbildung 9: Prozentuale Änderung der sektoralen bilateralen US-Deutschen Exporte ..	36
Abbildung 10: Kritikpunkte im Bereich Lebensmittelstandards.....	44
Abbildung 11: Chancen für die USA .....	53
Abbildung 12: Aufteilung der Arbeitsplätze in Deutschland.....	54
Abbildung 13: Reallohnsteigerungen nach Qualifikation .....	55

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Geschäftszahl im Lebensmitteleinzelhandel in Österreich .....	8
Tabelle 2: Jährlicher Verbrauch ausgewählter Lebensmittel in Kilo pro Kopf 2009/2010...	9
Tabelle 3: USA - Export von Gütern.....	13
Tabelle 4: USA - Import von Gütern .....	14
Tabelle 5: EU Export von Gütern .....	20
Tabelle 6: EU-Länder Export von Gütern .....	21
Tabelle 7: EU Import von Gütern.....	22
Tabelle 8: USA - EU Zahlen und Daten.....	24

# Abkürzungsverzeichnis

<b>AEUV</b>	Arbeitsweise der Europäischen Union
<b>REACH</b>	Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe
<b>ECHA</b>	Europäische Chemikalienagentur
<b>EFTA</b>	Europäische Freihandelszone
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>EWR</b>	Europäischer Wirtschaftsraum
<b>GVO</b>	Gentechnisch veränderter Organismus
<b>NTB</b>	Nichttarifäre Handelsbarrieren
<b>TSCA</b>	Toxic Substances Control Act
<b>TTIP</b>	Transatlantisches Freihandelsabkommen
<b>USA</b>	Vereinigte Staaten von Amerika
<b>WTO</b>	Welthandelsorganisation



# 1 Einleitung

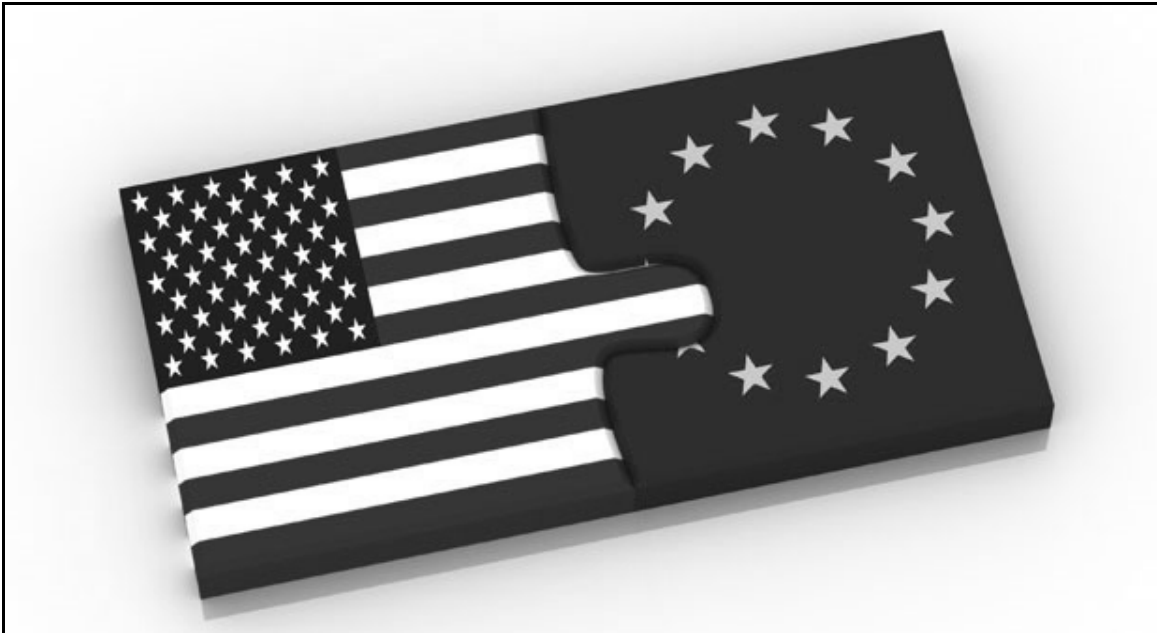
Schon seit dem Jahre 1995 wird bezüglich eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU diskutiert. Ziel war es bzw. ist es die Handelsbarrieren abzubauen und eine engere Kooperation der beiden Wirtschaftsmächte zu bewirken. Jedoch wurde dieses Vorhaben, eine Freihandelszone zwischen den USA und der EU zu schaffen, schon bald nicht mehr weiter verfolgt.

Seit dem Jahr 2013 gibt es seitens den USA und den Mitgliedsstaaten der EU erneutes Interesse ein Abkommen bezüglich der transatlantischen Handelsbeziehungen zu finden. Ziel dieses Freihandelsabkommens ist es, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, sowie die Wachstumspotentiale zu heben und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Zudem würden Handelsbarrieren, welche durch die Unterzeichnung von bilateralen<sup>1</sup> Abkommen von den USA als auch der EU in den letzten Jahren entstanden sind wieder egalisiert werden, und es käme zu einer Handelsumlenkung im Verhältnis mit Drittländern als auch innerhalb der EU. Aufgrund der Größe der Wirtschaftskräfte kann eine neue transatlantische Freihandelsinitiative zu deutlich höheren Wohlfahrts- und Beschäftigungseffekten in der EU führen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Bilateral bedeutet zweiseitig. Der Begriff findet häufig bei Verträgen welche zwischen zwei Staaten abgeschlossen werden Verwendung. (vgl. Woxikon 2006 - 2014 Eisbär Media GmbH / Christoph Kilz 2014.)

<sup>2</sup> (vgl. Gabriel Felbermayr 2013, Kapitel: Einleitung, Seite 9f.)



**Abbildung 1: Freihandelsabkommen USA - EU<sup>3</sup>**

Neben den Vorteilen und Vereinfachungen die ein Abkommen mit sich bringt gibt es natürlich auch Kritikpunkte. Ein zentraler Kritikpunkt bei einem Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU ist die dadurch bedingte Benachteiligung der Drittländer. Desweiteren wird kritisiert, dass die Funktionsweise der Welthandelsorganisation (WTO) behindert wird. Diese hat sich aber in den letzten Jahren stark verändert, vor allem weil die Schwellenländer in den letzten Jahren wirtschaftlich sehr stark aufgeholt haben.<sup>4</sup>

Somit kann festgehalten werden, dass eine transatlantische Freihandelsinitiative neues Leben und neuen Schwung in die Weltwirtschaft mit sich bringen würde und ein großer Ansporn für eine positive Entwicklung von Schwellenländern sein könnte.

In den folgenden Kapiteln möchte ich im Besonderen auf die Risiken und Chancen welche sich für den Lebensmittelmarkt ergeben, eingehen. Vorerst beschreibe und erläutere ich im Kapitel 2 die grundlegenden Begriffe wie Freihandelsabkommen, Wirtschaftsraum und Lebensmittelmarkt. Im Kapitel 3 werde ich die Funktionsweise der Wirtschaftsräume USA und EU beschreiben, diese vergleichen und deren wesentliche Unterschiede aufzeigen. Um dann im Kapitel 4 auf die Auswirkungen eines Freihandelsabkommens detailliert einzugehen. Im Speziellen werde ich die Veränderungen für den Lebensmittelmarkt im Detail betrachten. Kapitel 4.3 liefert eine kurze Übersicht über bereits bestehende Freihandelsabkommen seitens den USA und der EU. Die durch das transatlantische Freihandels-

---

<sup>3</sup> (vgl. Springer Fachmedien München GmbH 2014.)

<sup>4</sup> (vgl. Gabriel Felbermayr 2013, Kapitel: Einleitung, Seite 9ff.)

abkommen bedingten Gefahren und Chancen werden in den Kapitel 5 und Kapitel 6 beschrieben. Vertieft möchte ich in dieser Arbeit auf die im Zuge der Verhandlungen häufig diskutierten Gefahren für Lebensmittelstandards und Lebensmittelqualität wie etwa dem „Chlorhühnchen“ oder genmanipuliertem Mais eingehen. Zusätzlich werde ich auch Gefahren und Chancen für den Umwelt- und Gesundheitsbereich, wie etwa das „Fracking“ aufzeigen. Im abschließenden Kapitel wird versucht, den derzeitigen Verhandlungsstand zwischen den USA und der EU wiederzugeben. Dies ist aufgrund der geheimen Verhandlungen des Freihandelsabkommens aber nur bedingt möglich.





## 2 Definitionen

Im folgenden Kapitel werden, zum besseren Verständnis, die grundlegenden Begriffe wie Freihandelsabkommen, Wirtschaftsraum, Lebensmittelmarkt und Liberalisierung näher beschrieben und erläutert.

### 2.1 Freihandelsabkommen

Unter dem Begriff Freihandelsabkommen versteht man einen grundsätzlich völkerrechtlichen Vertrag, welcher zwischen Staaten geschlossen wird. Eine private Person kann somit nicht Vertragspartner werden. In diesem völkerrechtlichen Vertrag, welcher zwischen den Staaten gemeinsam ausverhandelt wird, werden bestimmte gemeinsame Ziele, politische Ziele und Maßnahmen geregelt und festgehalten. Der abgestimmte Vertrag wird von einem Vertreter der Regierung unterzeichnet und dem Parlament vorgelegt. Bei mehrheitlichem Beschluss tritt der Vertrag in Kraft und die beteiligten Staaten sind an die vereinbarten Regeln gebunden und haben diese zu erfüllen. Ein Freihandelsabkommen ist als übergeordneter verpflichtender Leitfaden zu verstehen welcher viele unterschiedliche Politikfelder beinhaltet. Hiervon betroffen sind der Zoll und Warenhandel sowie Dienstleistungen. Desweiteren werden auch die Sicherheitsstandards und Umweltstandards geregelt.<sup>5</sup>

Beim Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP), liegt ein spezieller Fall eines Freihandelsabkommens vor. Hier soll ein Vertrag zwischen der EU und den USA abgeschlossen werden. Laut Definition ist die EU aber kein Staat sondern besteht aus vielen Mitgliedsstaaten. Im Lissabon-Vertrag<sup>6</sup> ist festgehalten, dass die EU ein Völkerrechtssubjekt ist, welches eigenständige Verträge abschließen kann mit der Zuständigkeit für die gemeinsame Handelspolitik. Der Vertrag für das TTIP ist aber viel weitreichender und umfasst Felder welche im Zuständigkeitsbereich der einzelnen Mitgliedsstaaten liegen. Somit müssen diese den Vertrag vollinhaltlich akzeptieren und über das Parlament mehrheitlich beschließen und in Kraft setzen.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> (vgl. Klimenta 2014, Kapitel 1, Seite 12.)

<sup>6</sup> „Der Vertrag von Lissabon (ursprünglich auch EU-Grundlagenvertrag bzw. -Reformvertrag genannt) ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der am 13. Dezember 2007 unter portugiesischer Ratspräsidentschaft in Lissabon unterzeichnet wurde und am 1. Dezember 2009 in Kraft trat. Der Vertrag von Lissabon reformierte den Vertrag über die Europäische Union (EU-Vertrag) und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.“ (Wikimedia Foundation Inc. 2014.)

<sup>7</sup> (vgl. Kommission, Europäische 2014.)

Eine weitere Besonderheit beim Transatlantischen Freihandelsabkommen ist es, diesen Vertrag zu exekutieren. Hierzu muss eine höhere Instanz wie beispielsweise der Europäische Gerichtshof (EuGH)<sup>8</sup>, welcher Rechtsangelegenheiten in der EU regelt, geschaffen werden. Ansonsten werden die Bedingungen des völkerrechtlichen Vertrages nur solange von den beteiligten Parteien eingehalten werden, solange beide Parteien für sich einen Vorteil sehen. Durch vertragliche Verstrickungen und gegenseitige Abhängigkeiten werden häufig solche Vorteile „geschaffen“.<sup>9</sup>

Grundsätzlich soll durch ein Freihandelsabkommen der Warenhandel vereinfacht werden. Dies wird unter anderem durch den Abbau von Zöllen realisiert. Ein weiterer Punkt ist die Auflösung von mengenmäßigen Beschränkungen bei der Wareneinfuhr. Zudem werden Umweltregeln, Sicherheitsstandards, Namensrechte für die Einfuhr von Waren abgeschwächt oder erlassen um neue Märkte in den jeweiligen Staaten zu schaffen.<sup>10</sup>

## 2.2 Wirtschaftsraum

Unter dem Begriff Wirtschaftsraum versteht man einen Landschaftsausschnitt bzw. Erdraum welcher durch den Menschen organisiert und gestaltet wird. Dieser Bereich ist durch funktionale Beziehungen und menschliche Merkmale gekennzeichnet. Verschiedene Wirtschaftsräume unterscheiden sich durch ihre jeweils individuelle Struktur und Gestaltung der Abläufe, eine Abgrenzung des Wirtschaftsraumes auf Basis politisch-administrativer Verwaltungseinheiten wird vermieden. Ist dies nicht der Fall spricht man von einem Wirtschaftsgebiet.<sup>11</sup>

## 2.3 Lebensmittelmarkt

Unter dem Begriff Lebensmittelmarkt versteht man den Handel mit jeglichen Lebensmitteln. Der Lebensmittelhandel spielt eine zentrale Rolle bei der Verteilung der Lebensmittel innerhalb eines Landes und bis zum Endverbraucher, dem Kunden. Grundsätzlich wird zwischen Lebensmitteleinzelhandel und Lebensmittelgroßhandel unterschieden.<sup>12</sup>

Unter Lebensmitteleinzelhandel versteht man den Verkauf eines Produktsortiments an den Endverbraucher, den Kunden. Als Lebensmittelgroßhandel bezeichnet man den Han-

---

<sup>8</sup> (vgl. Kommission, Europäische 2014.)

<sup>9</sup> (vgl. Klimenta 2014, Kapitel 1, Seite 13f.)

<sup>10</sup> (vgl. Klimenta 2014, Kapitel 1, Seite 14.)

<sup>11</sup> (vgl. Springer Gabler | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2013.)

<sup>12</sup> (vgl. Statista GmbH 2014.)

del, in dem Marktteilnehmer Waren beschaffen und an gewerbliche Institutionen oder andere Lieferanten vertreiben. Der Verkauf an private Haushalte, den Kunden ist hier nicht vorgesehen.<sup>13</sup>

Im Folgenden wird die Bedeutung und Entwicklung des Lebensmittelmarktes am Beispiel Deutschland und Österreich veranschaulicht.

Im Jahr 2011 wurde allein in Deutschland ein Umsatz im Lebensmittelhandel von rund 157 Mrd. Euro erzielt. Die Unternehmen mit dem höchsten Umsatz in Deutschland sind Edeka, Rewe und Metro. Ähnlich sieht es in Österreich aus, dort verzeichneten die drei größten Unternehmen, Rewe, Spar und Hofer, im Jahr 2009 den höchsten Umsatz. Diese drei Unternehmen deckten mehr als 75 Prozent des Gesamtumsatzes des österreichischen Lebensmittelhandels ab. Trotz des hohen und ständig steigenden wirtschaftlichen Anteils, geht die Anzahl der Filialen seit dem Jahr 2001 kontinuierlich zurück. So sind seit dem Jahr 2001 um 900 Geschäfte geschlossen worden. Die Anzahl an Geschäften betrug im Jahr 2009 in Österreich 5.883 Stück.<sup>14</sup>

---

<sup>13</sup> (vgl. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 2014.)

<sup>14</sup> (vgl. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 2014.)



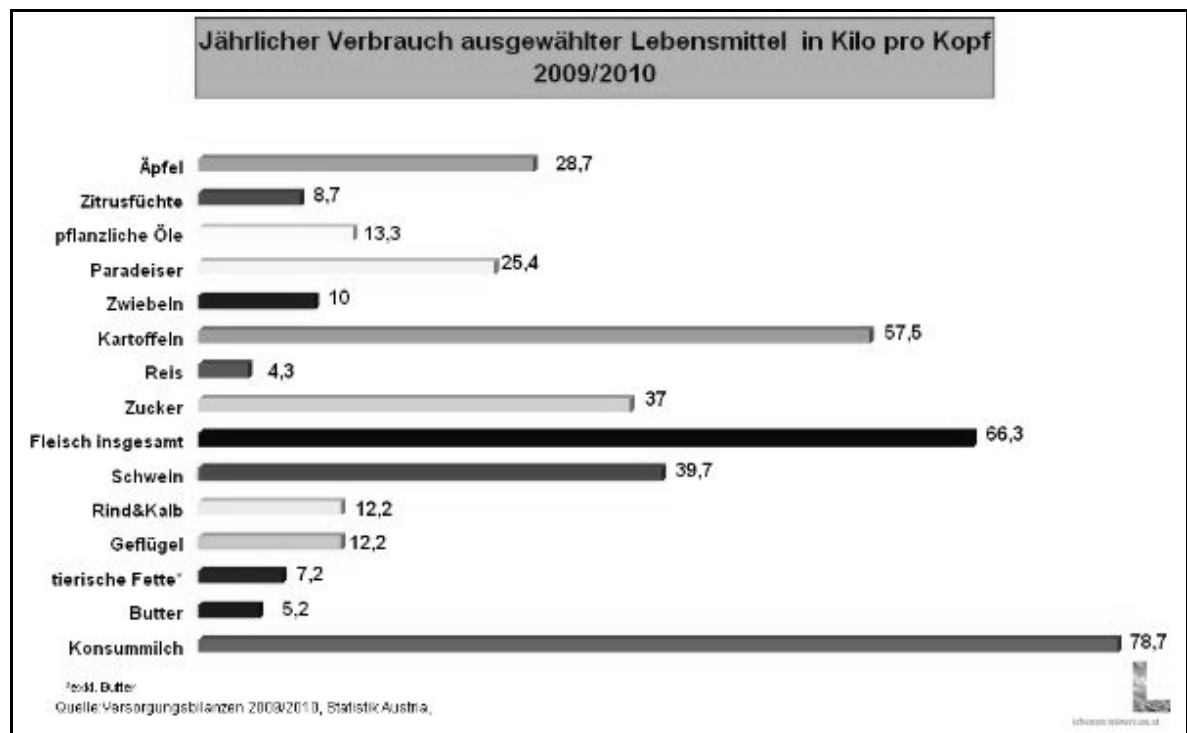
**Tabelle 1: Entwicklung der Geschäftszahl im Lebensmitteleinzelhandel in Österreich<sup>15</sup>**

In den vergangenen Jahrzehnten konnten viele Veränderungen im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels verzeichnet werden. Folgende Trends wurden in den letzten Jahren sehr stark festgestellt. So stieg die Zahl der Diskonter in den vergangenen Jahren rapide an. In den Jahren 2002 verzeichneten diese ein jährliches Umsatzplus von bis zu 11 Prozent, was vor allem auf das eingeschränkte Sortiment und die billigen Eigenmarken zurückzuführen ist. Laut Umfragen finden 83 Prozent der Österreicher die billigeren Eigenmarken der jeweiligen Lebensmitteleinzelhändler mindestens genauso gut wie die „teuren“ Produkte namhafter Hersteller. Ein weiterer Trend der zu beobachten ist, ist der rasche Aufschwung des Online-Shoppings. Laut einer Studie der Statistik Austria nutzen vor allem Menschen bis 35 Jahre das Online-Shopping. So stieg der Anteil der Online-Shopper seit dem Jahr 2003 um beinahe 30 Prozent auf rund 2,6 Mio. Personen im Jahr 2008 an. Laut Umfragen beabsichtigen 18 Prozent der Befragten in naher Zukunft auch Lebensmittel über das Internet zu kaufen.<sup>16</sup>

<sup>15</sup> (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 2014.)

<sup>16</sup> (vgl. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 2014.)

In der folgenden Abbildung wird dargestellt, wie viel von welchen Lebensmitteln im Jahr 2009/2010 in Österreich pro Kopf verbraucht wurde. Hier sehen wir, dass neben der Konsummilch (78,7 kg / Kopf), Fleisch mit (66,3 kg / Kopf) und Kartoffeln (57,5 kg / Kopf) zu den top drei gehört. Wobei von den 66,3 kg Fleisch allein 39,7 kg Schweinefleisch waren.<sup>17</sup>



**Tabelle 2: Jährlicher Verbrauch ausgewählter Lebensmittel in Kilo pro Kopf 2009/2010<sup>18</sup>**

## 2.4 Liberalisierung

Im Allgemeinen versteht man unter der Bezeichnung Liberalisierung, dass Einschränkungen wegfallen. Das heißt, die staatlichen Eingriffe und Vorschriften auf eine bestimmte Sache werden abgebaut. Es wird zwischen zwei Arten der Liberalisierung unterschieden, zum Einen gibt es die politische Liberalisierung, zum Anderen die wirtschaftliche Liberalisierung.

Unter politischer Liberalisierung versteht man den Erlass von autoritären, teils unterdrück-

<sup>17</sup> (vgl. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 2014.)

<sup>18</sup> (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 2014.)

ckenden Eingriffen des Staates. Beispiele hierfür sind der Minderheitenschutz, sowie Schutz der Menschenrechte, Aufhebung von Verboten und der Umwandlung bzw. Abschwächung von Strafmaßnahmen.<sup>19</sup>

Der Abbau von staatlichen Vorschriften wird mit dem Begriff wirtschaftliche Liberalisierung beschrieben. Das bedeutet, dass Handelsbeschränkungen abgebaut werden. Dies kann einerseits die Öffnung von Märkten gegenüber anderen Ländern oder andererseits der Abbau von Marktbarrieren wie etwa von Zöllen oder Mengenbeschränkungen sein. Ziel der Liberalisierung ist es, dem Markt möglichst uneingeschränkt freien Lauf zu lassen, da dieser, sofern kein Marktversagen vorliegt, immer besser bzw. zumindest gleich gut als der Staat vorgeht. Sollte ein Marktversagen vorliegen, kann dennoch der Staat eingreifen und beispielsweise den Wohlstand erhöhen.<sup>20</sup>

---

<sup>19</sup> (vgl. Vimentis 2013.)

<sup>20</sup> (vgl. Springer Gabler | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2013.)

## 3 Funktionsweise der Wirtschaftsräume

Im folgenden Kapitel wird die Funktionsweise der vom Freihandelsabkommen direkt betroffenen Wirtschaftsräumen, den USA und der EU näher beschrieben. Neben der Geschichte und Entwicklung beider Wirtschaftsräume werden einige grundlegende wirtschaftliche Kennzahlen aufgezeigt und näher erläutert. Unter Kapitel 3.3 werden die beiden Wirtschaftsmächte direkt verglichen und relevante, markante Unterschiede aufgezeigt.

### 3.1 Funktionsweise des Wirtschaftsraumes USA

#### 3.1.1 Geschichte und Entwicklung

Seit dem Jahr 1920 gehört die USA zu den größten Wirtschaftsmächten der Welt, mit einem Anteil von knapp 20 Prozent an der gesamten Weltwirtschaftsleistung. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsräumen wird in den USA die Wirtschaft des Landes durch die Regierung wenig beeinflusst. Der Wirtschaftsraum der USA besteht aus rund 300 Millionen Verbrauchern.<sup>21</sup>

Die Wirtschaft der USA durchlief seit Mitte des 19ten Jahrhunderts drei wirtschaftlich prägende Phasen welche durch konjunkturelle Schwankungen und starke strukturelle Verschiebungen gekennzeichnet waren. Die Phasen wurden zum Einen durch die unterschiedlichen Programme der jeweiligen Regierungen eingeleitet, zum Anderen durch den Wandel der weltwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst.<sup>22</sup>

Die erste Phase, die sogenannten „Goldenen Jahre“, dauerte von 1950 bis 1967 an. In dieser Zeit konnten die USA ein kontinuierliches, wirtschaftliches Wachstum verbuchen. Vor allem die Großunternehmen der Energie- und Grundstoffindustrie, der Auto- und Maschinenindustrie und der Luftfahrt waren weltweit Vorreiter. In den „Goldenen Jahren“ war das Erfolgsrezept der Fordismus<sup>23</sup>, Massenproduktion bei geringer Produktdifferenzierung. Durch die Massenproduktion konnten Größenvorteile, sowie geringe Lohnkosten

---

<sup>21</sup> (vgl. Americanet 2013.)

<sup>22</sup> (vgl. Ernst Klett Verlag GmbH 2014.)

<sup>23</sup> Der Fordismus wurde „von H. Ford eingeführtes Herstellungsprinzip und die auf ihn zurückgehende Produktionsweise. Merkmale sind Massenproduktion, Fließproduktion, ein hohes Maß an Standardisierung, große Fertigungstiefe und vertikale Integration sowie die Produktion für den Massenkonsum. Der Produktionsprozess ist in eine Vielzahl von Arbeitsschritten zerlegt, die durch relativ gering qualifiziertes Personal ausgeführt werden können.“ (Springer Gabler | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2014.)

bedingt durch niedriger qualifizierte Arbeitskräfte, Massenkonsum und Massennachfrage genutzt werden. Der allgemeine Wohlstand wurde dadurch stark gefördert und das Brutto sozialprodukt stieg allein zwischen 1950 und 1960 um über 70 Prozent an.<sup>24</sup>

Die zweite Phase, die „Deindustrialisierung und regionale Dezentralisierung“ dauerte von 1967 bis 1982 an. In dieser Zeit nahm die wirtschaftliche Hochkonjunktur der USA bedingt durch die Ölkrise in den Jahren 1973 sowie 1979 bis 1980 ein Ende. Die amerikanischen Unternehmen gerieten in Schwierigkeiten und verloren ihre Vormachtstellungen. Die Arbeitslosenquoten stiegen und der Lebensstandard vieler Bürger verschlechterte sich. Durch anheben der Steuern und Kreditaufnahmen versuchte der Staat dagegen anzukämpfen, jedoch verschlechterte sich die Situation zunehmend, da dadurch die Zinsen nach oben getrieben wurden, wodurch sich das Kapital verteuerte und die private Investitionsbereitschaft sank. Die Großunternehmen stellten Ihre Produktion auf kleinere Serien um und das fordistische System, welches in den „Golden Jahren“ erfolgsversprechend war, wurde mehr und mehr eingestellt. Es entwickelte sich eine flexiblere Arbeitsorganisation, die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte stieg an, da der Konsum sich individualisierte und die Nachfrage an Produktvarianten wuchs.<sup>25</sup>

Die dritte Phase, die „Tertiärisierung und der Übergang zur Informationsgesellschaft“ dauert von 1980 bis 2001 an. In dieser Zeit erlebte die USA einen Umbruch von einer nachfrageorientierten zur einer angebotsorientierten Wirtschaft. Durch die Kürzung von Sozialleistungen und der Verbesserung von Produktions- und Investitionsbedingungen wurde der Krise aus den 1970iger Jahren vorerst erfolgreich entgegengewirkt. Das Sinken der Realeinkommen führte vermehrt zu einer Verarmung der Bevölkerung und Anfang der 1990iger Jahre kam es erneut zu einer Rezession in den USA. Mit dem Amtsantritt von Bill Clinton (1993) und der reduzierten Einflussnahme des Staates erlebte die USA bis zum Jahr 2001 eine erneut außergewöhnlich wirtschaftlich gute Phase.<sup>26</sup>

Derzeit: Als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise sank die Wirtschaft in den USA im Jahr 2009 um 3,5 Prozent. Dies bedeutete die stärkste Rezession der amerikanischen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten. Bis zum Jahr 2013 erholte sich die Wirtschaft in den USA wieder und stieg um rund 3 Prozent an. Bei den Staatsschulden hat sich der Staat bis dato noch nicht erholt. So ist die Staatsverschuldung aus dem Jahr 2007 mit 66,5 Prozent bis heute auf rund 108 Prozent gestiegen. Ähnlich betrifft es auch die Arbeitslosigkeit. Diese liegt derzeit bei rund 7,74 Prozent und stieg damit seit dem Jahr 2007 mit 4,6 Prozent ebenfalls erheblich an.<sup>27</sup>

---

<sup>24</sup> (vgl. Ernst Klett Verlag GmbH 2014.)

<sup>25</sup> (vgl. Ernst Klett Verlag GmbH 2014.)

<sup>26</sup> (vgl. Ernst Klett Verlag GmbH 2014.)

<sup>27</sup> (vgl. Statista GmbH 2014.)

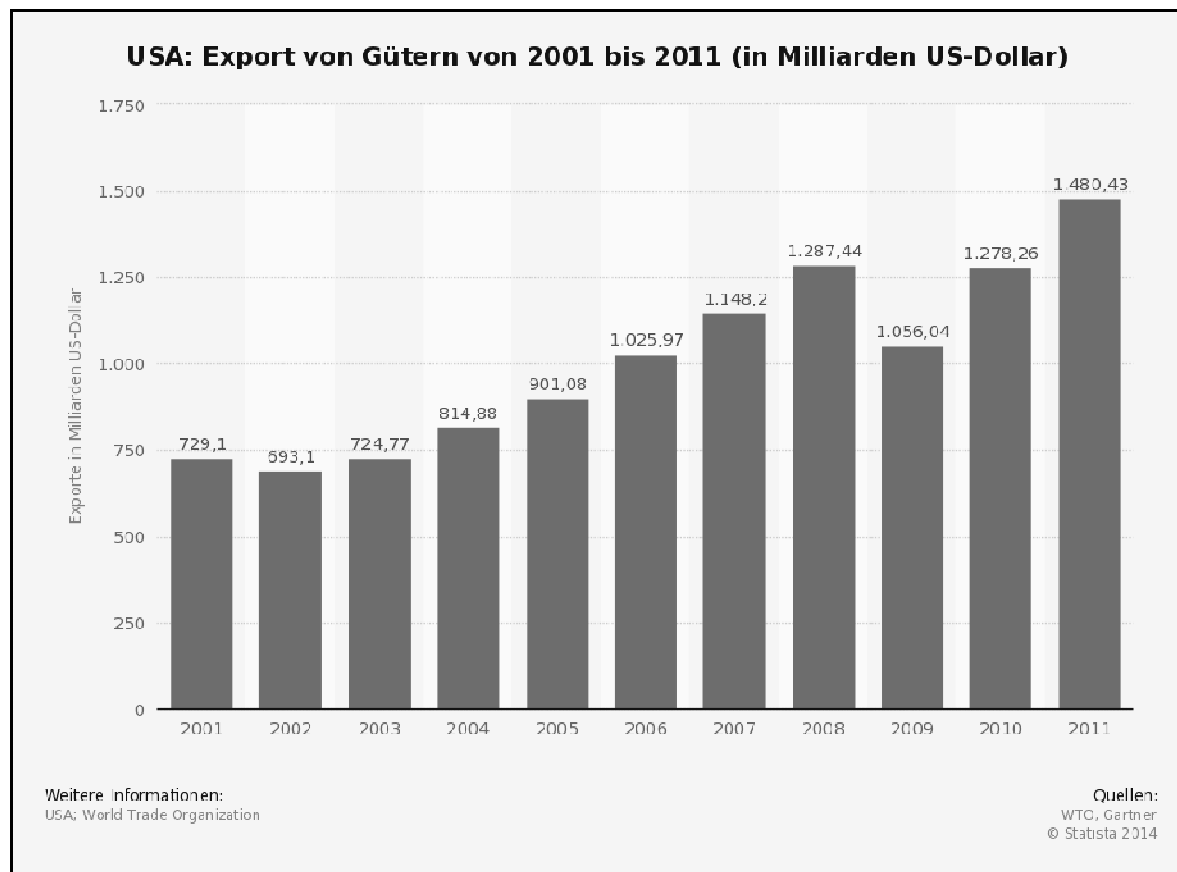


Der kontinuierliche Anstieg der amerikanischen Wirtschaft seit dem Jahr 2001 brach mit der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 ein. Bis zum Jahr 2013 konnte sich die USA wieder einigermaßen von der vorhergehenden Krise erholen und verzeichnet derzeit wieder einen Aufschwung.<sup>28</sup>

### 3.1.2 Wirtschaftsanteile

Der Wirtschaftsraum der USA besteht aus rund 300 Millionen Verbrauchern. 2012 betrug das Bruttoinlandsprodukt rund 1.560 Mrd. US-Dollar, dies entspricht einer globalen Wirtschaftsleistung von 19 Prozent.<sup>29</sup>

Seit dem Jahr 2001 steigt der Export von Gütern aus den USA kontinuierlich an. So wurden im Jahr 2011 Güter im Wert von 1.480,43 Mrd. US-Dollar aus den USA exportiert. Dies bedeutet eine Steigerung von rund 200 Prozent seit dem Jahr 2001. Im Jahr 2001 betrug der Export von Gütern 729,1 Mrd. US-Dollar (siehe Tabelle).

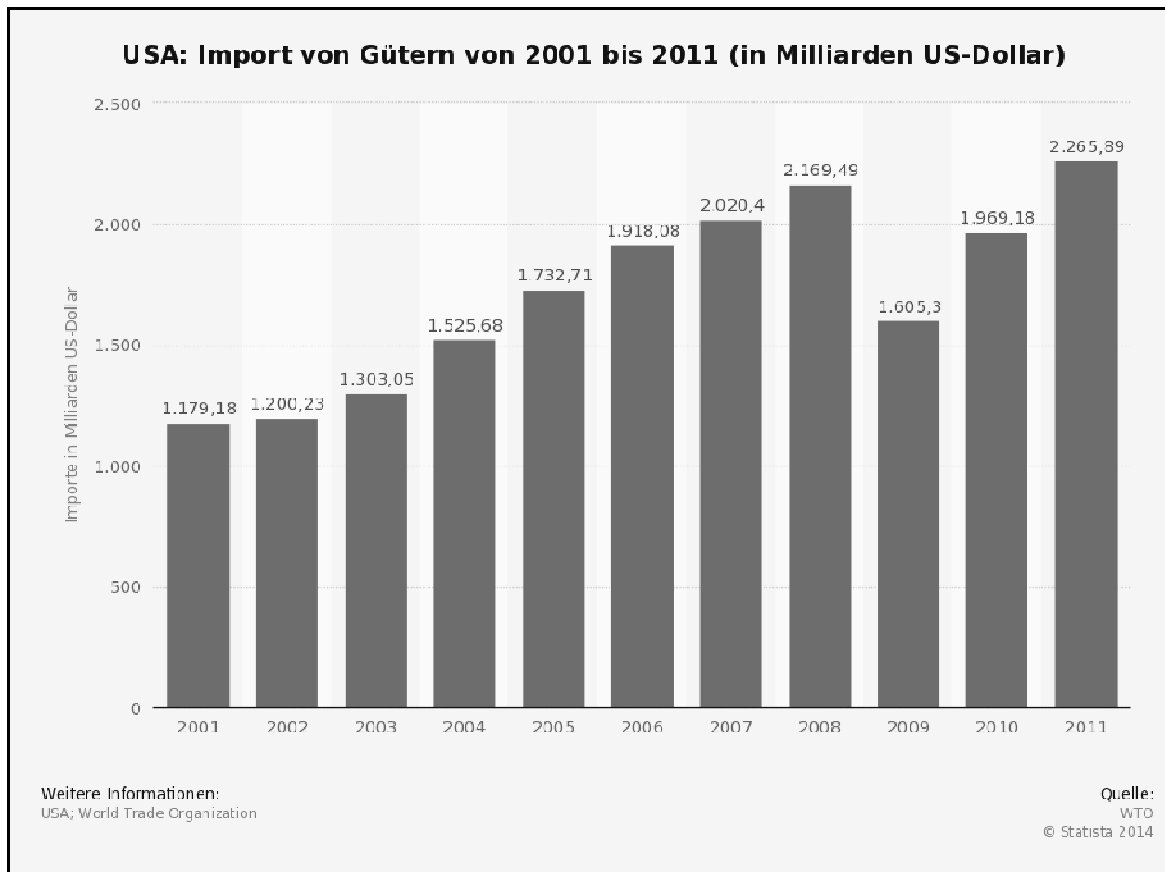


**Tabelle 3: USA - Export von Gütern<sup>30</sup>**

<sup>28</sup> (vgl. Ernst Klett Verlag GmbH 2014.)

<sup>29</sup> (vgl. IMF Family Association 2014.)

Ähnlich wie beim Export von Gütern ist auch der Import von Gütern in die USA seit 2001 ständig gestiegen und beträgt im Jahr 2011 2.265,89 Mrd. US-Dollar. Wie in der folgenden Tabelle ersichtlich, brach der Import der Güter in die USA im Jahr 2009 und 2010 ein, erreichte aber 2011 wieder einen Rekordwert. Auch beim Import von Gütern verzeichnen die USA seit dem Jahr 2001 eine Steigerung von rund 200 Prozent (siehe Tabelle).



**Tabelle 4: USA - Import von Gütern<sup>31</sup>**

Mit rund 1.500 Mrd. US-Dollar an exportierten Gütern ist die USA hinter China die zweitgrößte Exportnation der Welt. Trotzdem erreichte die USA im Jahr 2011 ein Handelsdefizit bei den Gütern von knapp 790 Mrd. US-Dollar, da der Import mit einer Höhe von rund 2.300 Mrd. US-Dollar deutlich mehr war.

<sup>30</sup> (Statista GmbH 2014.)

<sup>31</sup> (Statista GmbH 2014.)

## 3.2 Funktionsweise des Wirtschaftsraumes EU

### 3.2.1 Geschichte und Entwicklung

Am 1. Jänner 1958 wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durch sechs Staaten<sup>32</sup> gegründet. Es sollte zunächst eine Zollunion eingerichtet werden, welche den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten regelt. Ziel dieser Wirtschaftsgemeinschaft war es, eine gemeinsame Zollpolitik zu Drittstaaten zu installieren. Diese Gemeinschaft wuchs in den folgenden Jahren auf 12 Mitgliedsstaaten an und wurde 1978 als Europäische Gemeinschaft<sup>33</sup> (EG) bezeichnet.<sup>34</sup>

Der Europäische Wirtschaftsraum in den Grundzügen seiner heutigen Form wurde am 01. Jänner 1994 ins Leben gerufen. In dem Vertrag wurde vereinbart, dass der Verkehr von Waren, Dienstleistungen sowie Geld und Personen (die sogenannten 4 Grundfreiheiten) durch diverse Gesetze und Zölle eingeschränkt werden soll. Ein weiterer Bestandteil des Vertrages ist die Kooperation der Mitgliedstaaten bei unter anderem Forschung, Bildung, Umwelt und Verbraucherschutz.<sup>35</sup>

Zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) gehören die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn, Zypern, sowie Lichtenstein, Island, Norwegen.<sup>36</sup>

---

<sup>32</sup> Gründerstaaten: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande.

<sup>33</sup> Mitgliedstaaten der EG (Stand 1981): Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Vereinigtes Königreich, Portugal und Spanien. (vgl. Europäische Kommission 2013.)

<sup>34</sup> (vgl. Koch, Internationale Wirtschaftsbeziehungen 1997, Kapitel 3, Seite 41.)

<sup>35</sup> (vgl. Parlamentsdirektion, Republik Österreich 2014.)

<sup>36</sup> (vgl. Parlamentsdirektion, Republik Österreich 2014.)



Abbildung 2: Überblick EWR<sup>37</sup>

### 3.2.2 Charakteristik

Die Hauptbestandteile des EWR sind vier Grundrechte welche für dessen Funktionstüchtigkeit ausschlaggebend sind. Durch diese Grundrechte werden bestehende Regeln der einzelnen Mitgliedsstaaten, welche den grenzüberschreitenden Austausch einschränken, beseitigt.

Diese Grundrechte sind:

- Warenverkehrsfreiheit:  
Dieses Grundrecht besagt, dass alle Erzeugnisse der EWR dort frei vermarktet werden können, sofern diese in einem EWR Mitgliedsstaat ihren Ursprung haben bzw. dort rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind. Demzufolge sind Zölle für

---

<sup>37</sup> (EWR 2014, Seite 1.)

die Ein- und Ausfuhr von Waren sowie mengenmäßige Beschränkungen im innergemeinschaftlichen Handel untersagt.<sup>38</sup>

- Personenverkehrsfreiheit:

Die Personenverkehrsfreiheit wird in zwei Unterpunkte unterteilt. Dies ist zu Einem die Arbeitnehmerfreizügigkeit zum Anderen die Niederlassungsfreiheit. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit erlaubt es, jedem EWR-Bürger seine Arbeit im gesamten EWR-Raum auszuüben. Diese Vorzüge gelten gleichbedeutend auch für die Niederlassungsfreiheit. Das heißt, dass sich jeder selbstständige Erwerbstätige im gesamten EWR-Raum niederlassen kann.<sup>39</sup>

- Dienstleistungsfreiheit:

Durch die Dienstleistungsfreiheit wird ein freier Zugang zu den Dienstleistungen der einzelnen EU-Länder, den Anbietern die Ausbreitung erleichtern. Dies betrifft vor allem gewerbliche, kaufmännische oder handwerkliche Tätigkeiten. Der Anbieter errichtet hierzu in dem jeweiligen EWR-Staat keine eigene Niederlassung sondern verbleibt in seinem ursprünglichen Mitgliedsstaat. Er hat sich jedoch für die Dauer seiner Tätigkeit an die Vorschriften des jeweiligen Landes zu halten.<sup>40</sup>

- Kapitalverkehrsfreiheit:

Die Kapitalverkehrsfreiheit erlaubt es Personen Finanzinvestitionen in allen Ländern der EU zu tätigen sofern diese natürliche und juristische Personen, welche ihren Wohnsitz in der EU haben, sind. Dem zufolge ist es diesen Personen erlaubt, Grundstücke zu erwerben oder sich an Gesellschaften zu beteiligen.<sup>41</sup>

Neben den oben genannten 4 Grundrechten der EU wurden zur Sicherung des freien Warenverkehrs im EWR einheitliche Wettbewerbsregeln verfasst. Diese sind u.a.:

- Wettbewerbsregeln für Unternehmen
- Das Verbot von rechtswidrigen staatlichen Beihilfen
- Das öffentliche Auftragswesen
- Die Vereinheitlichung der Vorschriften über den Schutz des geistigen Eigentums

---

<sup>38</sup> (vgl. EWR 2014, Seite 3.)

<sup>39</sup> (vgl. EWR 2014, Seite 3.)

<sup>40</sup> (vgl. EWR 2014, Seite 3f.)

<sup>41</sup> (vgl. EWR 2014, Seite 4.)

Durch diese Wettbewerbsregeln soll verhindert werden, dass sich die einzelnen Mitgliedsstaaten untereinander Barrieren aufbauen, die den freien Warenverkehr im Europäischen Wirtschaftsraum einschränken oder verhindern.

Um die Einhaltung dieser Wettbewerbsregeln im gesamten EWR zu überwachen wurde eine eigene Instanz, die EFTA-Überwachungsbehörde, gegründet. Die EFTA-Überwachungsbehörde arbeitet eng mit der EU-Kommission zusammen.<sup>42</sup>

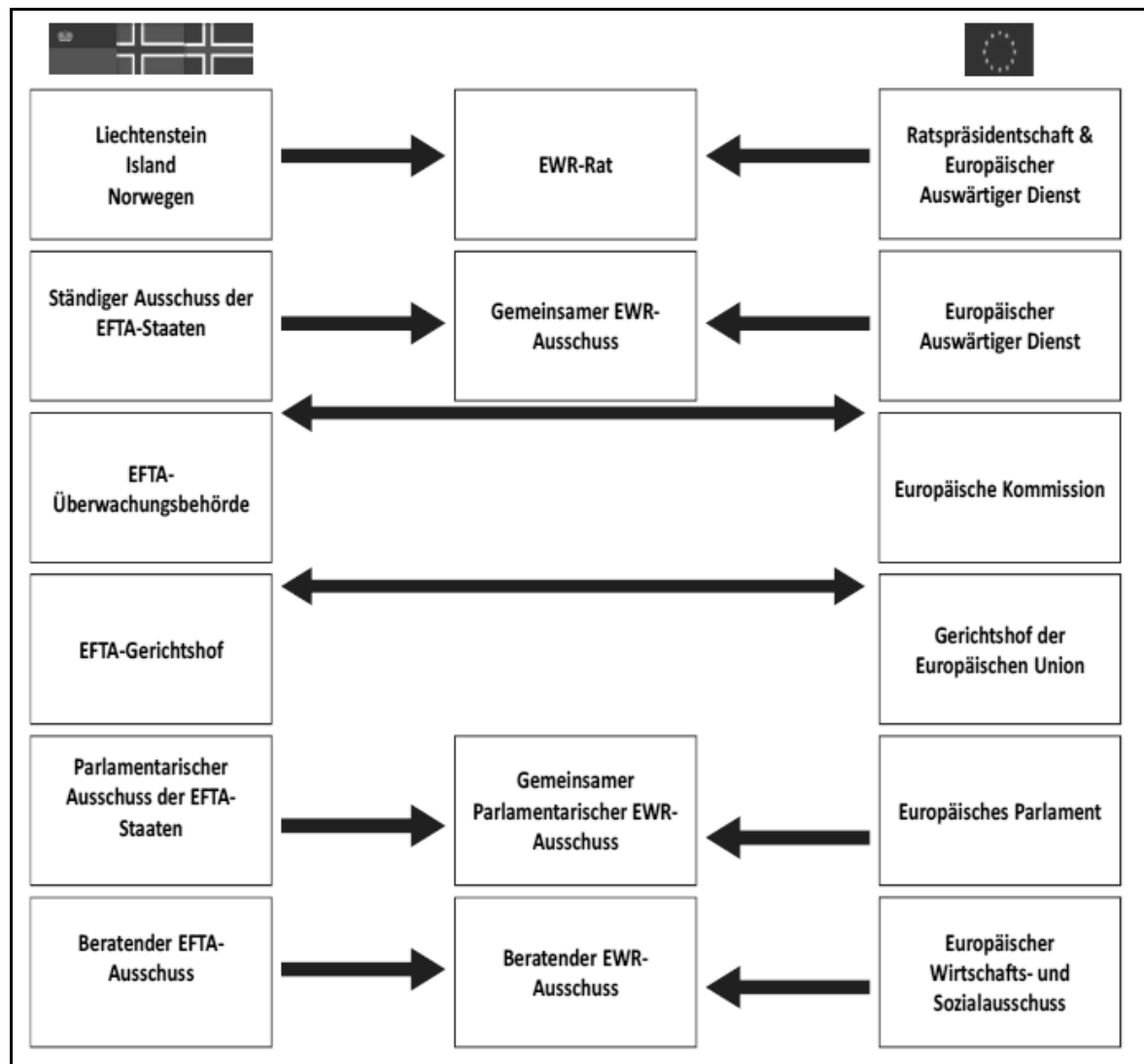
### **3.2.3 Aufbau und Organisation**

Grundsätzlich kann man sich den EWR als ein System mit zwei Blöcken vorstellen. Einen dieser Blöcke bildet die Europäische Union der andere Block setzt sich aus den drei EWR/EFTA-Staaten zusammen. Diese beiden Blöcke verbinden die gemeinsamen EWR-Organen, der EWR-Rat, der gemeinsame EWR-Ausschuss, der gemeinsame parlamentarische EWR-Ausschuss sowie der beratende EWR-Ausschuss. Diese Verbindungsorgane koordinieren die gemeinsame Entwicklung und Durchführung des EWR durch die EU und die drei EWR/EFTA-Staaten (siehe Abbildung).<sup>43</sup>

---

<sup>42</sup> (vgl. EWR 2014, Seite 4f.)

<sup>43</sup> (vgl. EWR 2014, Seite 6f.)

Abbildung 3: Aufbau des EWR<sup>44</sup>

### 3.2.4 Wirtschaftsanteile

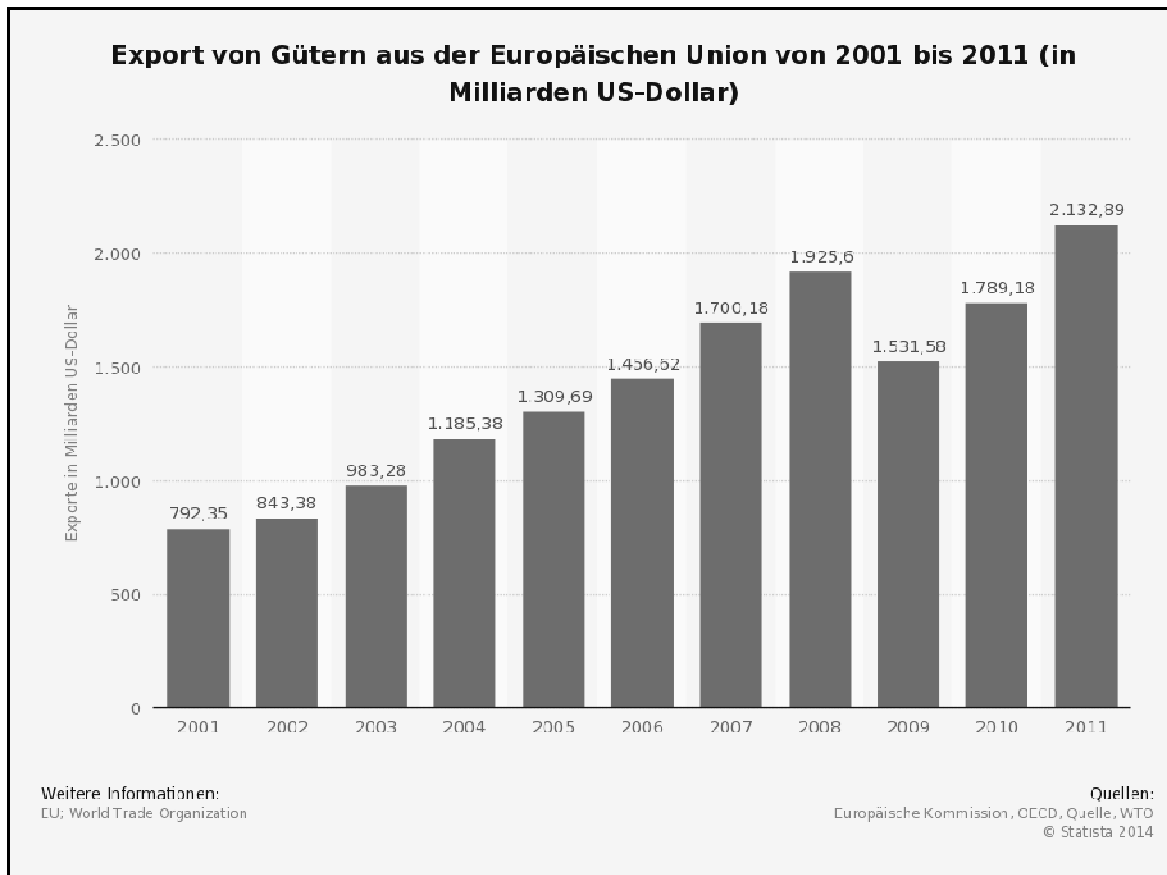
Durch den wirtschaftlichen Zusammenschluss von den im Kapitel 3.2.1. genannten 30 Staaten entstand der größte Binnenmarkt der Welt mit rund 500 Millionen Verbrauchern. Im Jahr 2007 belief sich die Höhe der gehandelten Waren auf 5.225,2 Mrd. EUR.<sup>45</sup>

Ähnlich wie in den USA steigt auch in der EU der Export von Gütern in die restliche Welt seit dem Jahr 2001 kontinuierlich an. Im Jahr 2011 wurden aus der Europäischen Union

<sup>44</sup> (vgl. EWR 2014, Seite 6.)

<sup>45</sup> (vgl. Bildung/bpb 2013.)

Güter im Wert von 2.132,89 Mrd. US-Dollar exportiert. Dies bedeutet eine Steigerung seit 2001, dort waren es 792,35 Mrd. US-Dollar von fast 250 Prozent (siehe Tabelle).

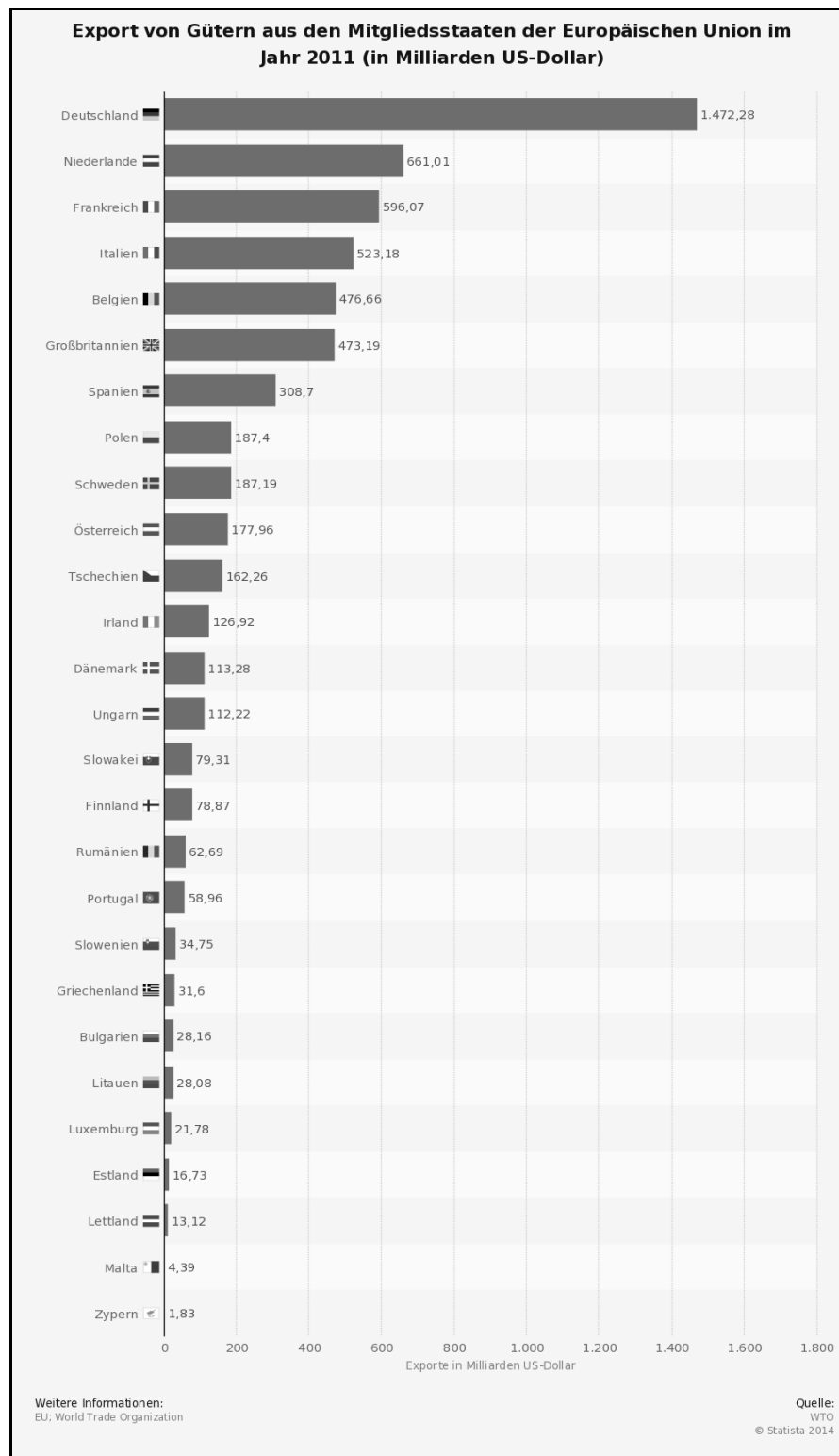


**Tabelle 5: EU Export von Gütern<sup>46</sup>**

In der folgenden Tabelle wird der Anteil der einzelnen Mitgliedsstaaten der EU am Güterexport aus den jeweiligen Ländern veranschaulicht. Aus dieser Tabelle wird ersichtlich, dass Deutschland mit einem Export an Gütern in der Höhe von 1.472,28 Mrd. US-Dollar im Jahr 2011 klarer Spitzenreiter ist. Die Niederlande auf Platz 2 mit 661,01 Mrd. US-Dollar erreichen einen Wert von knapp 45 Prozent bezogen auf Deutschland. Österreich befindet sich in der Export Statistik mit 177,96 Mrd. US-Dollar im Mittelfeld.

<sup>46</sup> (Statista GmbH 2014.)

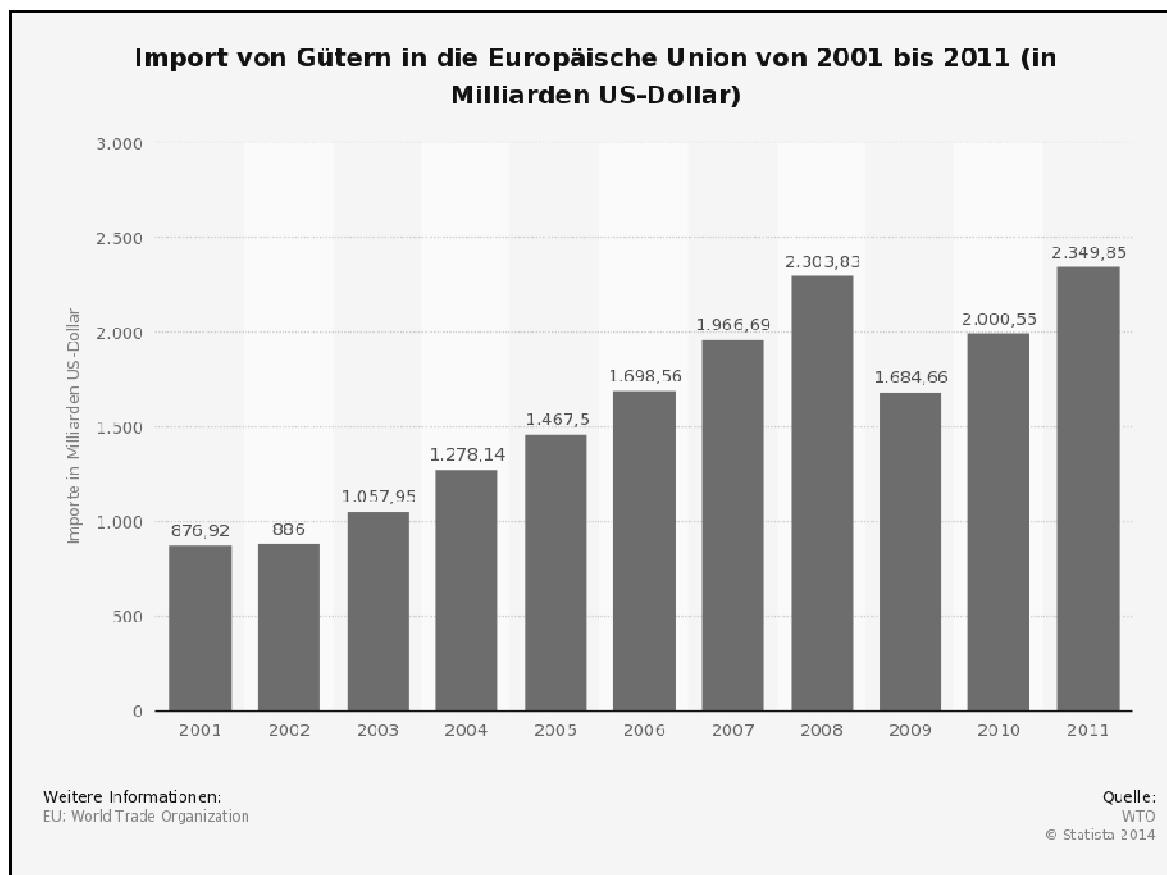




**Tabelle 6: EU-Länder Export von Gütern<sup>47</sup>**

<sup>47</sup> (Statista GmbH 2014.)

Ähnlich wie beim Export von Gütern ist auch der Import von Gütern in die EU seit 2001 ständig gestiegen und betrug im Jahr 2011 2.349,85 Mrd. US-Dollar. Wie in der Tabelle unten ersichtlich, brach der Import der Güter in die EU im Jahr 2009 und im Jahr 2010 ein, erreichte aber im Jahr 2011 wieder einen Rekordwert. Auch beim Import von Gütern verzeichnen die EU seit dem Jahr 2001 eine Steigerung von rund 250 Prozent (siehe Tabelle).



**Tabelle 7: EU Import von Gütern<sup>48</sup>**

Mit 2.132,89 Mrd. US-Dollar an exportierten Gütern und 2.349,85 Mrd. US-Dollar an importierten Gütern im Jahr 2011 verzeichnet die Europäische Union ein Handelsdefizit von 216,96 Mrd. US-Dollar, dies ist im Vergleich zu den USA sehr gering.

<sup>48</sup> (Statista GmbH 2014.)

### 3.3 USA – EU Vergleich der beiden Wirtschaftsräume

In den letzten Jahren haben sich die Wirtschaftszonen USA und EU immer mehr in die gleiche Richtung entwickelt und wurden sich immer ähnlicher. Beide Zonen haben in den meisten Bereichen eine relativ gut funktionierende Wirtschaft mit vielen Beziehungen untereinander. Am Beispiel der Unternehmen General Motors oder Opel sieht man, dass beide Wirtschaftsmächte gut und eng zusammenarbeiten.<sup>49</sup>

#### 3.3.1 Zahlen und Daten

In der folgenden Tabelle werden einige grundlegende Zahlen und Daten der beiden Wirtschaftsmächte USA und EU veranschaulicht und übersichtlich dargestellt. So wird ersichtlich, dass die USA mit 312 Mio. Einwohnern fast 200 Mio. weniger Einwohner als die EU hat. Trotz der geringeren Einwohnerzahl ist die Fläche der USA mehr als doppelt so groß wie die der EU. Die USA hat eine Fläche von 9,2 Mio. km<sup>2</sup>, die EU hat 4,3 Mio. km<sup>2</sup>. Die Wirtschaft in den USA ist in den Jahren 2012 und 2013 um fast 2 Prozent gestiegen, während in der EU kein Wachstum der Wirtschaft zu verzeichnen war. Hingegen ist die Außenhandelsbilanz der EU um fast 2 Prozent gestiegen und die der USA um fast 3 Prozent gesunken.<sup>50</sup>

	USA	EU
Bevölkerung [Mio.]	312	504
Fläche [Mio. km <sup>2</sup> ]	9,2	4,3
BIP [Bill. US-\$]	14,99	17,58
BIP/Kopf [US-\$]	48.820	32,590

<sup>49</sup> (vgl. Council für die internationale Wirtschaft 2014.)

<sup>50</sup> (vgl. European Commission 2013.)

Wirtschaftswachstum 2012-13 [Prozent]	+1,9	-0,1
Außenhandelsbilanz [Prozent des BIP]	-2,8	+1,6
Arbeitslosenquote	7,7	11,1

**Tabelle 8: USA - EU Zahlen und Daten**<sup>51</sup>

### 3.3.2 Handelsanteile am Warenhandel

Betrachtet man den weltweiten Warenhandel, so liegt der Anteil am Welt-Export der EU bei 15,1 Prozent. Der Anteil der USA liegt bei 10,8 Prozent und ist somit deutlich niedriger. Dazwischen liegt die Wirtschaftsmacht China, welche einen Welt-Exportanteil von 13,4 Prozent verzeichnet (siehe Abbildung). China wird in diesem Vergleich (USA – EU) erwähnt, da die Entwicklung Chinas an der Entwicklung der USA sowie auch der EU einen hohen Einfluss hat.<sup>52</sup>

---

<sup>51</sup> (vgl. European Commission 2013.)

<sup>52</sup> (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2014.)

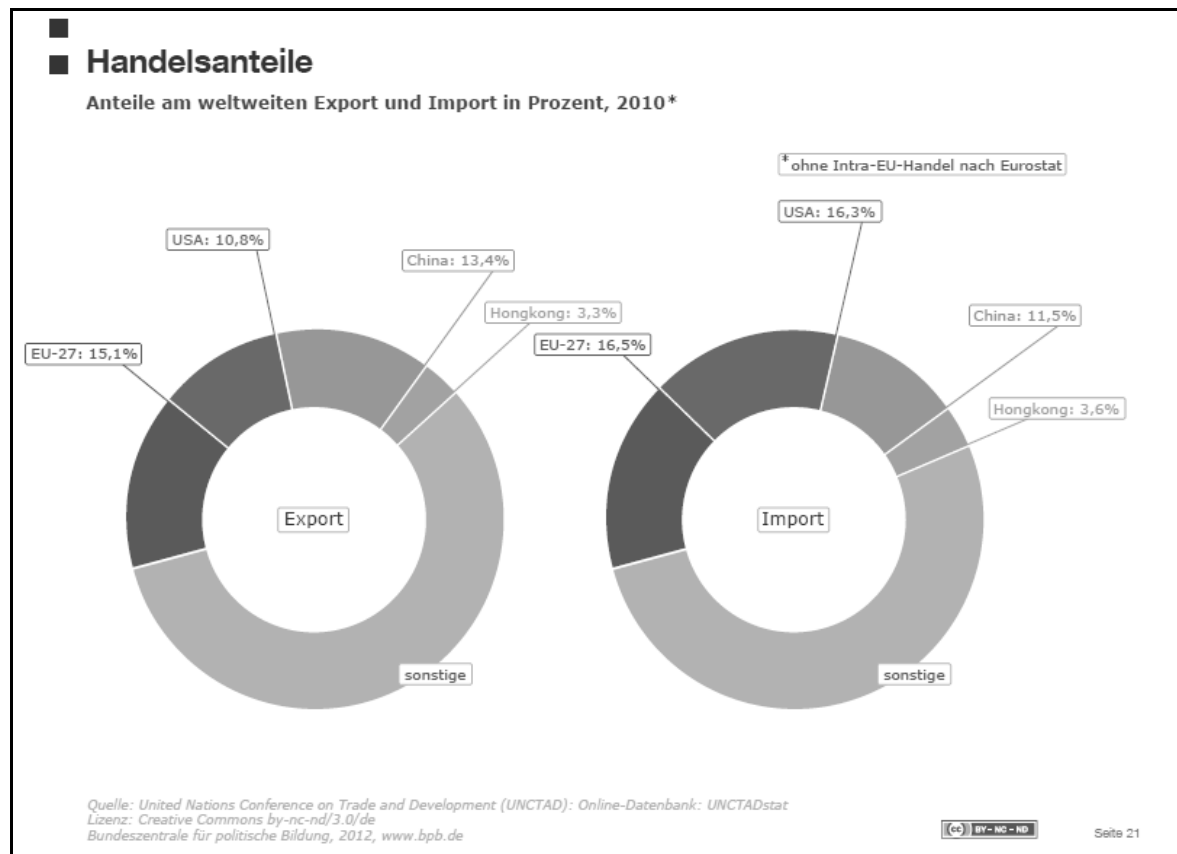


Abbildung 4: Weltweiter Export und Import<sup>53</sup>

Im Jahr 2010 wurden weltweit Waren im Wert von 15.174 Mrd. US-Dollar exportiert und Waren im Wert von 15.353 Mrd. US-Dollar importiert. Betrachtet man die EU als einen Staatenbund mit einem eigenem Binnenhandel, so reduziert sich der Export an Waren auf 11.812 Mrd. US-Dollar weltweit und der Import an Waren auf 12.091 Mrd. US-Dollar. Diese Reduktion ist deshalb so gravierend, weil die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU knapp zwei Drittel ihres Warenhandels innerhalb der EU abwickeln.<sup>54</sup>

Die Anteile der Wirtschaftsmächte USA, EU sowie China haben sich seit dem Jahr 2000 maßgeblich verändert. So sank der Anteil der USA am weltweiten Warenexport vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2010 von 17,4 Prozent auf 11,4 Prozent. Während der Anteil der EU von 17,5 Prozent im Jahr 2000 und 16,0 Prozent im Jahr 2010 relativ konstant blieb. Ganz anders verlief die Entwicklung in China. Dort nahm in diesem Zeitraum der Anteil am Warenexport von 5,6 Prozent auf 14,1 Prozent um 8,5 Prozent zu, und verzeichnet damit den höchsten Anstieg.

<sup>53</sup> (Bundeszentrale für politische Bildung 2014.)

<sup>54</sup> (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2014.)

Ähnlich wie der Warenexport entwickelte sich auch der Warenimport bei den oben genannten Wirtschaftsmächten. Der Anteil am Warenimport der USA sank um 9,4 Prozent auf 17,0 Prozent während sich der Anteil der EU zwischen 17,3 Prozent und 19,0 Prozent relativ konstant hielt. „Größter Aufsteiger“ war auch beim Import von Waren das Land China. Dieses Land verzeichnete einen Anstieg von 4,7 Prozent auf 12,1 Prozent am Weltimport.<sup>55</sup>

Somit kann festgehalten werden, dass die USA und die EU durch einen Abschluss des transatlantischen Freihandelsabkommens und somit als einheitlich auftretende Wirtschaftsmacht eine Konkurrenz zum derzeit stark aufsteigendem Land China sein werden. Chinas derzeitiges Wachstum am Warenhandel würde durch diesen wirtschaftlichen Zusammenschluss der EU und USA gedämpft werden. Zudem würde durch das Freihandelsabkommen im Sektor Warenhandel die USA profitieren. Diese verzeichneten in den letzten Jahren starke Defizite am Warenexport und Warenimport.

---

<sup>55</sup> (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2014.)

## 4 Auswirkungen des Freihandels

Seit dem Jahr 2013 verhandeln die USA und die EU über ein Freihandelsabkommen, das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Am 14.02.2013 gaben USA-Präsident Obama sowie Kommissionspräsident Barroso politisch grünes Licht für die Verhandlungen. Während die EU versicherte, dass es keine Veränderungen bezüglich der gentechnisch veränderten Organismen (GVOs) und Hormon EU-Vorschriften geben wird, sehen hier die USA viele Möglichkeiten diese Unterschiede zu überbrücken. Ziel des Freihandelsabkommens sei es einen riesigen, gemeinsamen Wirtschaftsraum zu schaffen, der mehr als 800 Millionen Verbraucher umfasst und jährlich einen prognostizierten Gewinn von rund 90 Mrd. EUR in den USA sowie in der EU erwirtschaften soll. Desweiteren soll die Wirtschaftsleistung in den EU-Staaten um 0,5 Prozent gesteigert werden. Das Freihandelsabkommen beinhaltet neue Regelungen für Dienstleistungen, Investitionen und Beschaffungswesen. So gut wie alle Zölle sollen mit dem Zustandekommen des Abkommens, welches für 2015 geplant ist, fallen. Nur einige hochsensible Waren sollen nicht liberalisiert werden. Besonders für die Landwirtschaft ist das geplante Freihandelsabkommen von großer Bedeutung, da hier sehr große Bedenken bei den sanitären und phytosanitären Vorschriften, wie GVOs, Hormone, chloriertes Geflügelfleisch, BSE, Vermarktung von Nachkommen geklonter Tiere bestehen.<sup>56</sup>

Im diesem Kapitel möchte ich auf mögliche Auswirkungen, sich einstellende Szenarien und Entwicklungen für die Wirtschaft der USA sowie der EU näher eingehen. Außerdem werden auf Basis von Studien langfristige Effekte, welche ein transatlantisches Freihandelsabkommen mit sich bringt, dargestellt und erläutert.

### 4.1 Mögliche Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU

Ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU kann sehr viele und weitreichende Auswirkungen haben, welche aus heutiger Sicht nicht zu 100 Prozent vorhersehbar sind. So befassen sich derzeit viele Wissenschaftler mit möglichen Szenarien welche im Falle eines transatlantischen Freihandelsabkommens eintreten könnten. Außerdem wird durch diverse Studien versucht die Effekte und Auswirkungen sowie die Veränderungen an den jeweiligen Märkten zu prognostizieren.

---

<sup>56</sup> (vgl. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 2014.)

Laut einer Studie des Londoner Centre for Economic Policy Research steigt bei einem möglichem Freihandelsabkommen das BIP um 0,5 Prozent bis 1 Prozent. Außerdem soll das Einkommen eines europäischen 4 Personen Haushaltes bis zum Jahr 2027 um 545 EUR steigen. Eine Einkommenssteigerung von 545 EUR klingt auf den ersten Blick sehr viel, betrachtet man diese Zahl jedoch genauer, erkennt man, dass dies nur eine jährliche Lohnsteigerung von rund 1,5 Promille bedeutet.<sup>57</sup>

Das ifo-Institut - Leibnitz veranschaulicht, dass der Umsatz und die Beschäftigung stark zunehmen werden. Eine durchschnittliche Steigerung des Handels von 79 Prozent zwischen den EU-Mitgliedsländern und der USA könnte erzielt werden. Desweiteren würde aufgrund der sinkenden Kosten des Marktzutritts mittelständischen Unternehmen der Zugang zum US-Markt erleichtert, bzw. ermöglicht werden. Zudem würden laut dem ifo-Institut - Leibnitz auch bis zu 400.000 neue Arbeitsplätze allein in der EU geschaffen werden.<sup>58</sup>

Aufgrund der oben genannten Beispiele und Prognosen verschiedener Studien wird deutlich, wie weitreichend und unterschiedlich die Auswirkungen eines möglichen Freihandelsabkommens sein können. Die wichtigsten Ergebnisse und Effekte des Freihandelsabkommens werden unter Punkt 4.1.1 erläutert.

#### **4.1.1 Zentrale Ergebnisse eines Freihandelsabkommens**

Im Folgenden Kapitel werden die wichtigsten Ergebnisse und Entwicklungen, welche ein mögliches transatlantisches Freihandelsabkommen mit sich bringen wird, näher erläutert. Diese Ergebnisse basieren auf diversen Studien und Berechnungen von Fachinstituten wie beispielsweise dem Institut für Wirtschaftsforschung Leibnitz.

##### Grundlegendes:

Der Handel zwischen der EU und den USA ist zum größten Teil industriell. Das heißt, es werden hauptsächlich Waren des gleichen Produktions- bzw. Dienstleistungssektors untereinander importiert und exportiert. Beispielsweise in Deutschland betrifft dies 80 Prozent der Exporte im Fahrzeugbau oder 61 Prozent der Exporte im Maschinen- und Anlagenbereich. Dieser hohe Import- und Exportanteil ist unter anderem durch die geringen Zölle bedingt. Denn zwischen den USA und der EU liegen speziell für den Industriesek-

---

<sup>57</sup> (vgl. Klimenta 2014 Kapitel 1.6, Seite 37f.)

<sup>58</sup> (vgl. ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. 2013.)



tor sehr niedrige Handelsbarrieren und Zölle vor. Anders ist die Situation im Agrarsektor, dort sind die Zölle im Vergleich zum Industriesektor deutlich höher. Aufgrund der deutlich höheren Zölle im Agrarsektor wird der Anschein erweckt, dass diese somit die größten Handelsbarrieren für kleinere und mittlere Unternehmen darstellen. Laut einer Umfrage stellen jedoch für kleinere und mittlere Unternehmen in den USA nicht die Zölle sondern die nichttarifären Handelsbarrieren (NTB) die größten Handelsbarrieren dar. Unter nichttarifären Handelsbarrieren versteht man Fixkosten wie beispielsweise Kosten für Qualitätsstandards. Die folgende Abbildung zeigt die Einschätzung deutscher Unternehmen für einmalige, periodische und variable Kosten, aufgeteilt auf unterschiedliche Kostentypen. Aus der Abbildung erkennt man, dass die einmaligen Kosten für auferlegte Qualitätsanforderungen über 80 Prozent der gesamten Kosten für die Qualitätsanforderungen betragen. Somit wird verdeutlicht, dass von einer Regulierung der Zölle nur die großen Firmen wirklich profitieren. Bei einer Vereinheitlichung der Standards durch das Freihandelsabkommen werden laut der Umfrage große Chancen für kleine und mittlere Unternehmen im Agrar- und Chemiebereich gesehen.<sup>59</sup>

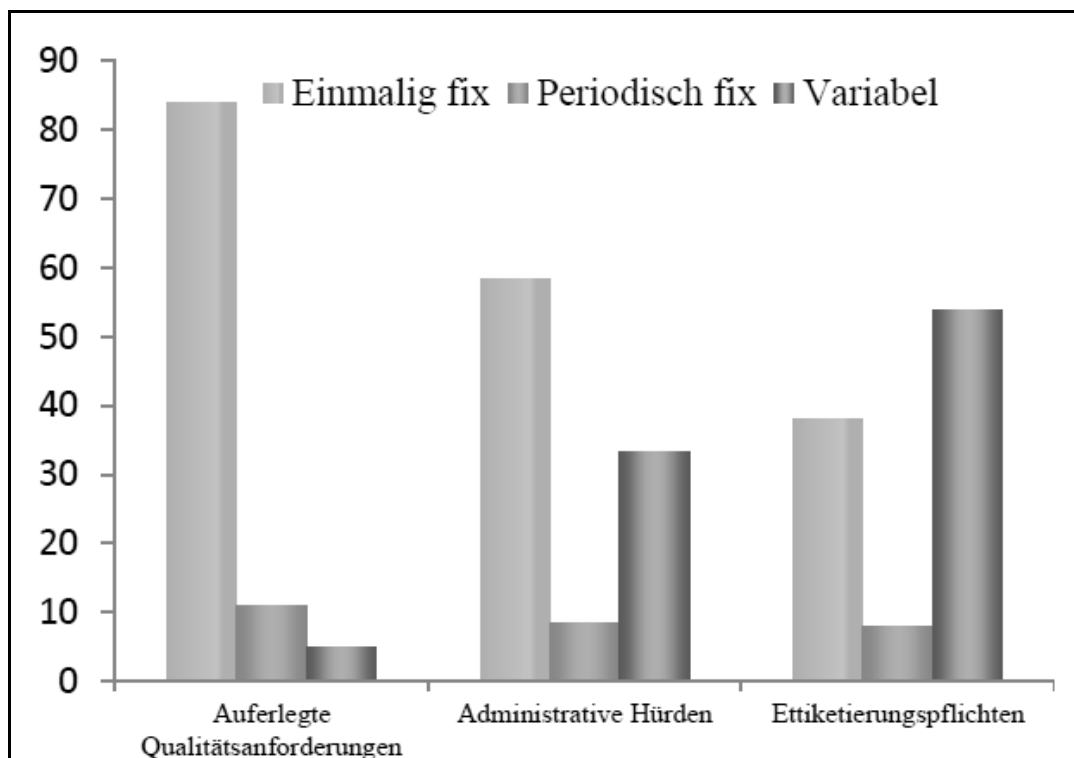


Abbildung 5: Aufstellung der NTB induzierten Kosten auf Kostentypen in Prozent<sup>60</sup>

<sup>59</sup> (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2014.)

<sup>60</sup> (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2014, Seite 5.)

- Handelsschaffungseffekte einer umfassenden Liberalisierung

Auf Basis bereits existierender Handelsabkommen wird ein langfristiger Handelsschaffungsgewinn von rund 67 Prozent prognostiziert, welcher vor allem durch bereits bestehende Handelsbeziehungen umgesetzt wird. Der durchschnittliche Zuwachs des Handels zwischen den USA und der EU beträgt rund 79 Prozent bei Berücksichtigung von allgemeinen Gleichgewichtseffekten. In diesem Fall kommt es bei allen an dem Freihandelsabkommen beteiligten Ländern zu Handelszuwächsen.<sup>61</sup>

- Handelsumlenkungseffekte einer umfassenden Liberalisierung

Um etwa 3,4 Prozent steigt der Handel zwischen Länderpaaren die vom transatlantischen Freihandelsabkommen nur indirekt betroffen sind. Bei 56 Prozent der nicht direkt betroffenen Handelspaaren nimmt der Handel zu. Jedoch kann der Handel zwischen einigen kleinen Ländern zum Stillstand kommen.<sup>62</sup> Werden hier am Beispiel Deutschland die bilateralen Handelsströme analysiert, so erkennt man, dass die Exporte in die USA um 94 Prozent zunehmen. Desweiteren steigen auch die Exporte nach Kanada (+19 Prozent) und nach Mexiko (+10 Prozent). Hingegen nehmen die Exporte in die EU aufgrund der Handlungsumlenkungseffekte deutlich ab.<sup>63</sup>

- Wohlfahrtseffekte einer umfassenden Liberalisierung

Langfristig steigt, bedingt durch den globalen Handel das reale Einkommen um durchschnittlich 3,3 Prozent. Die folgende Abbildung zeigt die Wohlfahrtseffekte an einigen betroffenen Ländern. Am meisten von dem Freihandelsabkommen profitiert die USA, welche eine Steigerung des realen Einkommens von 13,4 Prozent erreicht. Das am meisten profitierende Land aus der EU hingegen ist Großbritannien mit einer Steigerung von 9,7 Prozent. Österreich verzeichnet ein Plus von 2,7 Prozent. Außerdem wird aus der Grafik ersichtlich, dass alle Mitgliedsstaaten der EU sowie auch die USA vom Abkommen langfristig profitieren. Kanada (-9,5 Prozent) sowie auch Australien (-7,4 Prozent) und Mexiko (-7,2 Prozent) gehörten zu den größten Verlierern bedingt durch das Freihandelsabkommen bezogen auf den Wohlstandseffekt.<sup>64</sup>

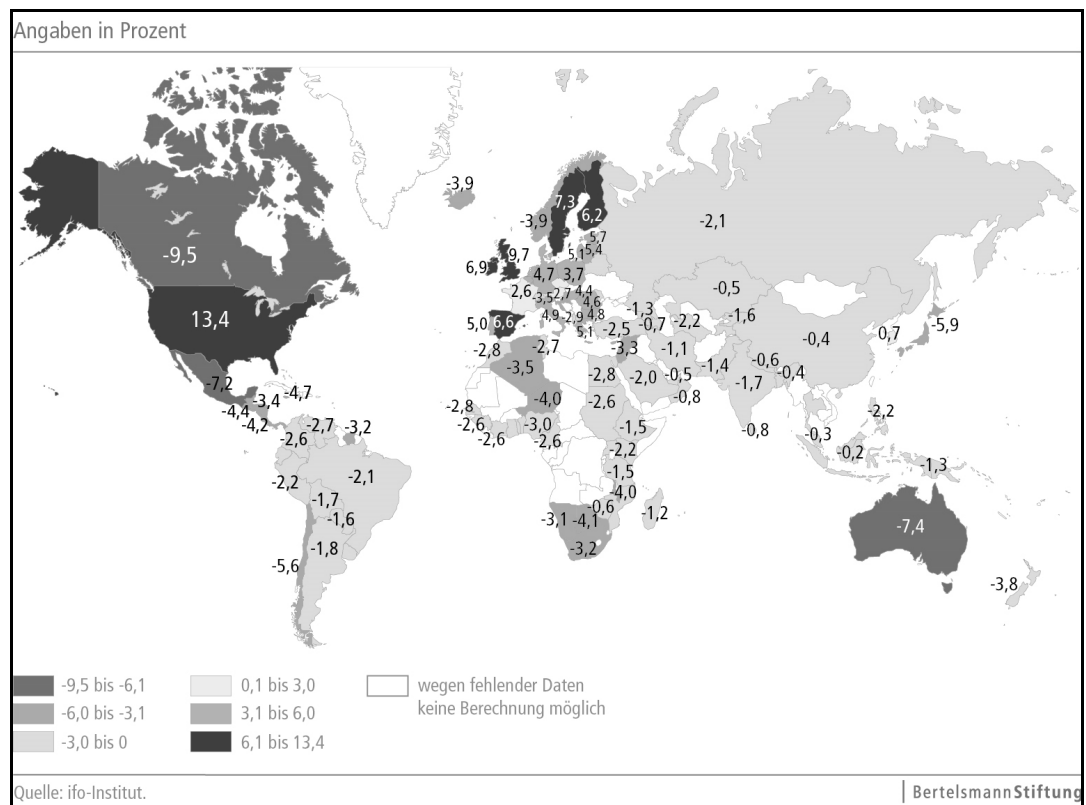
---

<sup>61</sup> (vgl. ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. 2013 Kapitel Einleitung, Seite 16.)

<sup>62</sup> (vgl. ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. 2013 Kapitel Einleitung, Seite 16.)

<sup>63</sup> (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2014, Seite 7.)

<sup>64</sup> (vgl. ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. 2013 Kapitel Einleitung, Seite 16.)



**Abbildung 6: Veränderungen des realen Pro-Kopf-Einkommens im Liberalisierungsszenario<sup>65</sup>**

- Handelsschaffungs-, umlenkungs- und Wohlfahrtseffekte einer Zolleliminierung

Werden nur die Zölle minimiert fallen oben genannte Effekte mit einer durchschnittlichen Steigerung von nur 5,8 Prozent des Wohlfahrtseffektes deutlich geringer aus. In diesem Fall sind zwar wiederum die USA deutlicher Spitzenreiter jedoch nur mit 0,75 Prozent. Hiervon profitieren die Verlierer des oben genannten Szenarios wie z.B. Kanada. Kanada hat nur noch einen Verlust von 0,67 Prozent, zu verzeichnen, was im Gegensatz zu 9,48 Prozent sehr gering ist. Im Vergleich zu einer umfassenden Liberalisierung mit einer Steigerung des globalen Wohlfahrtseffektes um 3,3 Prozent steigt dieser bei einer reinen Zolleliminierung nur um 0,09 Prozent.<sup>66</sup>

<sup>65</sup> (ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN 2014.)

<sup>66</sup> (vgl. ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. 2013 Kapitel II.6 Effekte einer Zolleliminierung, Seite 81.)

- Effekte auf den Arbeitsmärkten

Die Effekte bei den Arbeitsmärkten werden zwischen zwei unterschiedlichen Szenarien beurteilt. Werden nur die Zölle aufgelöst, so ergeben sich für die Arbeitslosigkeit keine Auswirkungen in Folge des Freihandelsabkommens für die beteiligten Länder. Werden aber durch das Freihandelsabkommen alle nichttarifären Barrieren abgesenkt, so entstehen rund 400.000 neue Arbeitsplätze allein in der EU. Jedoch verliert der Rest der Welt rund 240.000 Arbeitsplätze.<sup>67</sup> Durch die Schaffung der neuen Arbeitsplätze steigt auch der Reallohn in den USA sowie der EU, in allen andern Ländern hingegen bleibt dieser nahezu gleich hoch. So erhöht sich zum Beispiel bei einem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 3.311 EUR der Lohn um 268,75 EUR.<sup>68</sup>

- Effekte auf die aggregierte Durchschnittsproduktivität

Einigen sich die USA sowie die EU auf ein gemeinsames Freihandelsabkommen so hat dies auch Auswirkungen auf den Reallohn. Dieser nimmt nämlich zu, da die Handelsliberalisierung zu einer Überarbeitung bzw. neuen Zusammensetzung von der Beschäftigung führt. Das bedeutet, weg von Firmen mit geringer Arbeitsproduktivität und hin zu Firmen mit hoher Arbeitsproduktivität.<sup>69</sup>

- Effekte auf kleine und mittelständische Unternehmen

Mittelständische und vor allem kleine, exportierende Unternehmen erreichen aufgrund der verbesserten Marktzutrittsbedingungen, bedingt durch die Handelsliberalisierung, ein starkes Wachstum. Große Firmen betrifft dies so gut wie gar nicht. Diese haben aber mit einem höheren Wettbewerb, bedingt durch sinkende Transaktionskosten, zu rechnen. Gesamt betrachtet führt das Freihandelsabkommen zu einem höheren Internationalisierungsgrad von mittelständischen Unternehmen.<sup>70</sup> Die folgende Abbildung veranschaulicht am Beispiel Deutschland das oben beschriebene Szenario. So werden beispielsweise im Binnenmarkt 85.031 klein- und mittelständische Unternehmen schrumpfen, dies hat 96.076 Jobverluste zur Folge. Jedoch wird veranschaulicht, dass nur eine geringe Anzahl, nämlich 20.072 dieser Firmen einen Wachstum ver-

---

<sup>67</sup> (vgl. ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. 2013 Kapite III.3 Effekte auf den Arbeitsmärkten, Seite 99ff.)

<sup>68</sup> (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2014, Seite 9.)

<sup>69</sup> (vgl. ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. 2013 Kapitel Einleitung, Seite 16f.)

<sup>70</sup> (vgl. ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. 2013 Kapitel Einleitung, Seite 17f.)

zeichnen. Dadurch werden 205.376 neue Arbeitsplätze geschaffen. Außer Acht zu lassen ist, dass netto 64.959 Firmen schrumpfen werden.<sup>71</sup>

	NTB Szenario	Binnenmarkt- szenario
Firmenaustritte	2.549	11.045
Schrumpfende Firmen	19.620	85.031
<b>Job-Verluste</b>	<b>22.169</b>	<b>96.076</b>
Neue Firmen	42.757	185.304
Firmenwachstum	4.631	20.072
<b>Job-Gewinne</b>	<b>47.389</b>	<b>205.376</b>
<b>Netto Effekt</b>	<b>25.220</b>	<b>109.300</b>

Abbildung 7: Brutto- Netto- Arbeitsplatzeffekte für Deutschland<sup>72</sup>

- Sektorale Effekte

Bedingt durch das Freihandelsabkommen ergeben sich für unterschiedliche Sektoren auch unterschiedliche Auswirkungen. Im Folgenden werden die drei übergeordneten Wirtschaftsbereiche der USA und EU und dessen Veränderungen am Beispiel Deutschland verglichen mit den USA veranschaulicht. Dies betrifft die Sektoren, Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen. Unter Annahme, dass im Landwirtschafts- und Industriesektor alle Zölle aufgehoben werden und keine Reduktion von NTB durchgeführt wird, ergeben sich folgende Effekte:

<sup>71</sup> (vgl. Gabriel Felbermayr 2013, Kapitel III.6 Effekte auf den Arbeitsmärkten, Seite 102f.)

<sup>72</sup> (Gabriel Felbermayr 2013, Kapitel III.6 Effekte auf den Arbeitsmärkten, Seite 103.)

	<b>Deutsche Exporte nach USA</b>	<b>US Exporte nach DEU</b>
<b>Agrarsektor</b>	28,56%	56,02%
<b>Industrie Sektor</b>	11,10%	17,85%
<b>Dienstleistungen</b>	3,78%	1,44%

**Abbildung 8: Exportzuwächse nach Sektoren<sup>73</sup>**

Wie in der Abbildung ersichtlich verzeichnete der Agrarsektor (Landwirtschaftssektor) die meisten Exportzuwächse sowohl in den USA sowie in Deutschland.<sup>74</sup>

Aufgrund der oben aufgezeigten Auswirkungen in den verschiedenen Bereichen, wird deutlich, dass ein transatlantisches Freihandelsabkommen aufgrund seiner Größe und Wirtschaftskraft der beteiligten Partner die Chance bietet, bedeutungsvolle Wachstumsimpulse sowie Beschäftigungseffekte zu erreichen. Das Freihandelsabkommen zeichnet sich im Vergleich zu anderen abgeschlossenen Abkommen vor allem durch seine hohe Bedeutung für Wohlfahrt, Wachstum und der Beschäftigung in den betroffenen Ländern sowie auch in Drittstaaten aus. Bedingt durch die Ähnlichkeit und ähnlicher Lohnniveaus der beiden Wirtschaftsblöcke ist es sehr unwahrscheinlich, dass durch die umfangreiche Handelsliberalisierung starke Wettbewerbseffekte ausgehen. Aufgrund der Befürchtungen, dass ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU vor allem Drittländer benachteiligt und somit die Funktionsweise der Welthandelsorganisation (WTO) behindert, steht ein erfolgreicher Abschluss des Abkommens immer wieder im Frage. In der empirischen Forschung<sup>75</sup>, wird allerdings auf die Möglichkeit einer erfolgrei-

<sup>73</sup> (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2014, Seite 11.)

<sup>74</sup> (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2014, Seite 11f.)

<sup>75</sup> Die empirische Forschung ist eine wissenschaftliche Methodik, welche Aussagen über die Realität durch Befragung, Beobachtung und Messung gewinnt. (SDI-Research, Dr. Villani & Partner KG 2009.)

chen Liberalisierung bedingt durch das transatlantische Freihandelsabkommen verwiesen.<sup>76</sup>

## 4.2 Veränderungen für den Lebensmittelmarkt

Freihandelsabkommen oder bilaterale Handelsabkommen bezogen auf den Lebensmittel- bzw. Agrarmarkt zwischen der EU und anderen Ländern sind nicht unbedingt etwas Neues. So bestehen derzeit zwischen der EU und andern Ländern etwa 45 abgeschlossene bilaterale Abkommen unter anderem mit Chile, Peru, Marokko oder Mexiko. Zudem stehen Abkommen mit vielen weiteren Ländern derzeit in Verhandlung. Ein vorrangiges Ziel dieser Abkommen ist es, Absatzmärkte für ihre Produkte, vornehmlich Massenwaren wie Milchpulver und Schlachtnieberzeugnisse, außerhalb Europas zu generieren, und dort hin zu exportieren.<sup>77</sup>

Wie bereits unter Punkt 4.1.1 Zentrale Ergebnisse eines Freihandelsabkommens veranschaulicht, würde der Agrarmarkt durch ein Freihandelsabkommen sehr stark profitieren und hohe Exportzuwächse verzeichnen. In der folgenden Abbildung werden die einzelnen Bereiche des Agrarsektors für die USA sowie in Deutschland im Detail veranschaulicht.

Es wird verdeutlicht, dass der durchschnittliche Zuwachs an Exporten in den USA am größten ist. Die USA erzielen vor allem beim Fleisch hohe Zuwächse. In Deutschland fallen die stärksten Zuwächse auf Milcherzeugnisse, pflanzlichen Öle und Fette.<sup>78</sup>

---

<sup>76</sup> (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2014, Seite 12.)

<sup>77</sup> (vgl. Klimenta 2014, Kapitel 2.2, Seite 51f.)

<sup>78</sup> (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2014, Seite 11.)

Szenario 1	US-Exporte nach Deutschland	Deutsche Exporte in die USA
<b>Agrar Sektor</b>	<b>56,02</b>	<b>28,56</b>
Fischerei	22,19	1,22
Fleisch: Rinder, Schafe und Ziege, Pferde	4267,17	33,41
Fleischprodukte	792,11	22,45
Forstwirtschaft	0,19	1,49
Gemüse, Früchte, Nüsse	31,59	8,66
Getränke und Tabakwaren	60,50	14,04
Getreide	9,17	0,93
Lebensmittel	71,32	29,49
Milch	1,20	-2,01
Milcherzeugnisse	1178,51	237,69
Ölsaaten	0,24	21,59
Pflanzliche Fasern	0,48	7,12
Pflanzliche Öle und Fette	39,27	34,35
Rohreis	0,65	4,91
Sonstige Getreide	44,05	67,05
Tierische Erzeugnisse	2,07	2,85
Verarbeiteter Reis	178,93	57,94
Vieh: Rinder, Schafe und Ziege, Pferde	19,81	4,95
Weizen	93,94	20,50
Zucker	374,73	199,79

Abbildung 9: Prozentuale Änderung der sektoralen bilateralen US-Deutschen Exporte<sup>79</sup><sup>79</sup> (Gabriel Felbermayr 2013, Seite 117.)



Wie in der Abbildung erkennbar, werden die hohen Exportzuwächse hauptsächlich durch den Ausbau der Handelsströme erreicht. Dies ist jedoch nur ein Teil wie sich diese zusammensetzen. Durch das transatlantische Freihandelsabkommen wird die Möglichkeit geschaffen, die vor allem in der EU hochwertigen Standards bei bäuerlichen und handwerklichen Erzeugnissen, durch industrielle Verfahrensweisen zu ersetzen.

Ein Herabsetzen der Standards hätte teilweise fatale Auswirkungen. So könnten zum Beispiel Nutztiere mit Wachstumshormonen behandelt werden. In den USA werden diese Wachstumshormone bei Rindern als gängige Masthilfe eingesetzt. Außerdem könnten Lebensmittel aus geklonten Tieren in der EU in Umlauf gebracht werden. Diese Methode ist in den USA bereits verbreitet. In der EU könnte die bereits strittige Vergabe von Patenten auf Lebewesen verschärft werden. Dem zu Folge ist ersichtlich, dass die europäische Agrarwirtschaft ein sehr hohes Interesse besitzt, dass industrielle Standards eingeführt und im Freihandelsabkommen geregelt werden. Dies ist die Voraussetzung für die EU um die internationale Konkurrenzfähigkeit zu wahren. Die USA verfolgt das Interesse der Konzerne, den Zulassungsprozess für den Import und den Anbau von Gentechnikpflanzen in der EU. Zudem liegt es im Interesse der USA die Nulltoleranz für gentechnisch veränderte Lebensmittel und Saatgut aufzuweichen und in weiterer Folge die Kennzeichnungsregelungen für gentechnisch erzeugte Lebens- und Futtermitteln aufzuheben.<sup>80</sup>

Ein weiterer wichtiger Bestandteil für die USA im Freihandelsabkommen ist, vor allem aufgrund des höheren europäischen Preisniveaus, den Verkauf von Rindfleisch zu regeln, da die USA neben Kanada zu den größten Rindfleischproduzenten der Welt gehören. Derzeit ist aufgrund der hohen Importzölle von rund 60 Prozent und diversen Handelsbeschränkungen ein Verkauf von Rindfleisch in der EU nicht rentabel. Summiert man die Transportkosten in die EU und die Fütterungskosten bedingt durch den Einsatz von auch in der EU zugelassenem Futter, so rentiert sich ein Verkauf in der EU für die USA nicht. Kommt es zu einem Abschluss des transatlantischen Freihandelsabkommens, so können die USA aufgrund der geringeren Qualität auf dem amerikanischen Markt, ohne Risiko auf Einbußen im heimischen Markt mit dem Verkauf von Rindfleisch in Europa ihre Wirtschaftlichkeit steigern oder als Puffer für eventuelle Verluste verwenden. Würden aber im Zuge des transatlantischen Freihandelsabkommens die existierenden Zölle eliminiert, so gäbe es genügend Anreiz für Rinderproduzenten aus den USA Rindfleisch in der EU zu verkaufen. So lautet die allgemeine Meinung. Anders ist die Meinung entsprechender Experten. Diese rechnen nur mit einem begrenzten Anstieg der Rindfleischexporte aus den USA in den Europäischen Wirtschaftsraum, da die Vorteile am heimischen Markt dennoch überwiegen.<sup>81</sup>

---

<sup>80</sup> (vgl. Klimenta 2014, Kapitel 2.2, Seite 53.)

<sup>81</sup> (vgl. Deutscher Landwirtschaftsverlag GmbH 2014.)

### 4.3 Überblick über bestehende Freihandelsabkommen

Wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln erwähnt, gibt es neben dem transatlantischen Freihandelsabkommen seitens der EU als auch den USA bereits eine Vielzahl an abgeschlossenen Freihandelsabkommen mit Drittstaaten.

So fixierte die EU in den letzten Jahren beispielsweise folgende Handelsabkommen<sup>82</sup>

- Mitteeuropäisches Freihandelsabkommen (CEFTA)

Das Abkommen wurde am 21. Dezember 1992 von Polen, der damaligen Tschechoslowakei und Ungarn im polnischen Krakau gegründet und trat im März 1993 in Kraft. Ziel des Abkommens ist der Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen. Für die mögliche Aufnahme in die Europäische Union gilt die Teilnahme an der CEFTA aufgrund der damit verbundenen Kriterien und Abkommen als Vorbereitung.<sup>83</sup>

- EU–Korea (FTA)

Dieses Handelsabkommen zwischen der EU und der Republik Korea besteht seit dem Jahr 2010 und hat einen geschätzten Wert von bis zu 10 Mrd. Euro. Ziel des Handelsabkommens ist die Aufhebung aller Zölle und vieler nichttarifärer Handelshemmnisse.<sup>84</sup>

- EU – Nordamerika

Dieses Abkommen dient zur Intensivierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen für Waren, Dienstleistungen und Investitionen zwischen der EU und den USA. Zudem wird dadurch ein vertieftes Wirtschafts- und Handelsabkommen der EU mit Kanada geregelt.<sup>85</sup>

- EU – Afrika – Karibik – Pazifik

Das Handelsabkommen von Cotonou wurde im Jahre 2000 unterzeichnet, mit dem Ziel einen gemeinsamen Rahmen für die bestehenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Beziehungen der Europäischen Union, den Staaten Afrikas, des Karibischen Raumes und des Pazifischen Ozeans zu schaffen. Die Finanzierung dieses Ab-

---

<sup>82</sup> (vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2014.)

<sup>83</sup> (vgl. Wikimedia Foundation Inc. 2013.)

<sup>84</sup> (vgl. Information, Communication and Civil Society unit - Trade A3 2014.)

<sup>85</sup> (vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2014.)

kommens wird im Wesentlichen durch den Europäischen Entwicklungsfond bereitgestellt und durch regionale sowie nationale Projekte unterstützt.<sup>86</sup>

- EU – Asien – Ozeanien

Dieses Abkommen beinhaltet ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen sowie Freihandelsabkommen der EU mit Thailand, Indonesien, Malaysia, den Philippinen und Singapur, Afghanistan, Australien, China, Indien, Japan, Neuseeland, Mongolei und Südkorea und ein Rahmenabkommen der EU mit Australien und Neuseeland.<sup>87</sup>

- EU – EFTA

Dieses Abkommen wird der Freihandel des Europäischen Wirtschaftsraums mit Island, Liechtenstein und Norwegen geregelt. Desweiteren beinhaltet das EU – EFTA Abkommen ein bilaterales Abkommen der EU mit der Schweiz.<sup>88</sup>

- EU – Mittelmeer

Bei diesem tiefen und umfassenden Freihandelsabkommen sind neben der EU, Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Palästinensische Behörde, Syrien und Tunesien beteiligt. Zusätzlich werden im Abkommen auch Rahmenabkommen zwischen der EU und dem Libanon geregelt.<sup>89</sup>

Zusätzlich zu den vorher genannten Abkommen existiert noch eine Vielzahl weiterer Abkommen bei denen die EU beteiligt ist. Diese sind aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht vollständig angeführt und näher beschrieben. Im Folgenden ist eine Auswahl weiterer namhafter Abkommen der EU aufgelistet:

- EU – Lateinamerika
- EU – Naher Osten – Golf
- EU – Osteuropa und Zentralasien
- EU – Westbalkan<sup>90</sup>

---

<sup>86</sup> (vgl. Europäische Union 2014.)

<sup>87</sup> (vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2014.)

<sup>88</sup> (vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2014.)

<sup>89</sup> (vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2014.)

<sup>90</sup> (vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2014.)

Neben der EU ist auch die USA bei diversen Handelsabkommen mit anderen Staaten beteiligt. Diese sind beispielsweise:

- Gesamtamerikanische Freihandelszone (FTAA)

Zur Gesamtamerikanischen Freihandelszone sollen alle 34 Staaten in Nord- Süd- und Mittelamerika sowie die Karibik gehören. Dieses Gebiet umfasst knapp 800 Millionen Verbraucher und erwirtschaftet jährlich Güter und Dienstleistungen im Wert von über zehn Billionen US-Dollar. Einen ersten Entwurf dieses Abkommens hat es bereits 1967 gegeben. Im Jahre 1991 sollte das Freihandelsabkommen fixiert werden. Jedoch gerieten die Verhandlungen ins Stocken und wurden bis dato nicht abgeschlossen. Kommt es zum Abschluss dieses Freihandelsabkommens hätte dies ähnliche Dimensionen wie das transatlantische Freihandelsabkommen.<sup>91</sup>

- Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA)

Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen wurde im Jahr 1994 gegründet und bildet eine Freihandelszone im Nordamerikanischen Raum. Kanada, den USA und Mexiko. Durch dieses Abkommen wurden zahlreiche Zölle abgeschafft beziehungsweise zeitlich ausgesetzt.<sup>92</sup>

- Dominican Republic-Central America Free Trade Agreement (DR-CAFTA)

Zu diesem Freihandelsabkommen gehören neben den USA die Dominikanische Republik, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua.

Aufgrund der obengenannten Beispiele an bestehenden Handelsabkommen wird deutlich wie vernetzt die Wirtschaft zwischen den USA als auch der EU mit anderen Ländern bereits ist. Trotz der vielen bestehenden Abkommen ist das derzeit in Verhandlung stehende transatlantische Freihandelsabkommen das größte und wohl auch das bedeutendste Freihandelsabkommen sowohl für die USA als auch für die EU.

---

<sup>91</sup> (vgl. Wikimedia Foundation Inc. 2013.)

<sup>92</sup> (vgl. NAFTA 2013.)

## 5 Gefahren des Freihandelsabkommens

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, steht derzeit massiv in der Kritik. So kann man fast täglich in den Medien und diversen Fachzeitschriften Artikel über das geplante Abkommen und vor allem über dessen Gefahren lesen. Viele Europäer befürchten, dass durch das Freihandelsabkommen Sozial- und Umweltstandards der USA nach Europa importiert werden. Ein weiterer Kritikpunkt ist das Recht, welches Unternehmen erlauben soll, Staaten auf „entgangenen Gewinn“ zu verklagen sofern diese durch ihre Gesetzgebung einem Gewinn im Wege stehen. So verklagte zum Beispiel das Unternehmen „Vattenfall“, einer der größten Strom- und Wärmeproduzenten Deutschlands, den deutschen Staat im Jahr 2012 auf 3,7 Milliarden Euro, mit der Begründung, dass durch den Atomausstieg Deutschlands der Umsatz des Unternehmens eingebrochen sei. Kanada wurde von dem US-amerikanischen Ölfeldunternehmen „Lone Pine Resources Inc.“ auf 250 Mio. US. Dollar verklagt, weil Kanada in der Provinz Quebec das Fracking, eine neue Form der Erdgas- und Erdölgewinnung, aus Bedenken bezüglich der Umwelt verbieten wollte. „Philip Morris“ ein Zigarettenhersteller verklagte Australien und Uruguay, weil diese Warnhinweise zur Gesundheitsgefährdung auf Zigaretten druckten. Dies sind nur ein paar Beispiele an unglaublichen Fällen welche in den letzten Jahren vor allem in den USA und der EU enorm zugenommen haben. Jedoch müssen solche Beispiele ein Warnsignal für ein eventuelles Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU sein.<sup>93</sup> In der EU ist beispielsweise der Verkauf von genmanipulierten Lebensmittel verboten. Muss die EU in weiterer Folge mit einer Klage von amerikanischen Unternehmen rechnen, weil diese ihre Produkte in der EU nicht verkaufen dürfen? Um Klagen und Gerichtsprozesse in Milliardenhöhe zu verhindern müssen einheitliche Regelungen mit dem Freihandelsabkommen geschaffen werden. So müssen Soziale sowie auch Umweltunterschiede angepasst und vereinheitlicht werden. Was dazu führt, dass die hohen Umweltstandards der EU oder auch die hohen Standards im Lebensmittelbereich eliminiert werden.

Eines der am häufigsten und heftigsten diskutierten Themen ist das Chlorhühnchen. In den USA ist es seit vielen Jahren Standard, dass Hühner nach deren Schlachtung zur Desinfektion in einer Chlorlauge „gereinigt“ werden. Anschließend werden die Hühner, ohne mit Trinkwasser abgespült zu werden, verpackt und kommen so in den Handel. Der Import solcher Chlorhühnchen in die Europäische Union ist seit dem Jahre 1997 verboten. Aber, wie es das Freihandelsabkommen verspricht, nicht mehr lange. So könnten schon bald im Chlor gereinigte Hühnchen der amerikanischen Hühnerkonzerne auf den

---

<sup>93</sup> (vgl. Felix Hilmar Alexander Werfel 2014.)

europäischen Speisekarten stehen bzw. serviert werden. Denn eine gesonderte Kennzeichnung dieser Hühner wird es nicht geben.<sup>94</sup>

Die Zulassung von gentechnisch manipulierten Pflanzen ist ebenso ein zentrales Thema wie der Verkauf von Hormonfleisch.

So befürchten die Umwelt- und Verbraucherschützer durch noch mehr Hormone in der Schweinezucht schädliche Nebenwirkungen für den Menschen. In den USA wird in den Fleischfabriken nach anderen Regeln als in Europa gearbeitet. Der Einsatz von Wachstumshormonen wie Ractopamin in Mästereien und bei Milchproduzenten ist hier Tagesprogramm. Ractopamin bewirkt, dass Mastschweine und Rinder schneller Fleisch ansetzen. Kühe geben durch dieses Medikament mehr Milch. Durch den Einsatz dieses Medikamentes wird die Produktivität der Betriebe um bis zu 38 Prozent gesteigert. Der Einsatz von Wachstumsmitteln ist in der EU aufgrund der Nebenwirkungen für die Tiere und möglicher gesundheitsschädlicher Folgewirkungen für den Menschen verboten. Neben der EU verbieten auch China, Russland sowie die Türkei den Einsatz dieser Medikamente.<sup>95</sup>

Seit Beginn der Verhandlungen über ein mögliches Freihandelsabkommen werden auch Befürworter aber vor allem Kritiker dieses Abkommens immer lauter und präsenter. So liest man zum Beispiel in einem online Bericht des „Format“ vom 20.03.2014 über mögliche Gefahren und Ängste des Freihandelsabkommens. In diesem Artikel wurden 10 Ängste von europäischen Firmen und Konsumenten wie folgt beschrieben:

- „Globalisierungsgegner fürchten einen noch größeren Raubbau der Natur als bisher.
- Viele fürchten minderwertige Lebensmittel aus den USA wie Hormonfleisch oder Chlorhühner, die aufgrund der geringen Handelshemmnisse, nun wesentlich leichter in die EU importiert werden können. Denn in den USA werden zur Steigerung der Produktion Tiere häufig mit Hormonen gemästet und auch der Verkauf von Fleisch und Milch geklonter Tiere ist erlaubt. Der Einsatz von Chlor zur Desinfektion von geschlachteten Hühnern ist in der EU seit 1997 verboten, in den USA nicht.
- Der Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen ist in den USA in der Landwirtschaft verbreitet und könnten dann einfach nach Europa importiert werden.
- Neue Klagerechte könnte es US-Investoren ermöglichen EU-Staaten aufgrund von Sozial-, Gesundheits- oder Umweltschutzgesetzen zu klagen, die ihre geplanten Gewinne bedrohen. Laut dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac haben auf Basis ähnlicher Abkommen Investoren Staaten bereits über 500 mal verklagt.

---

<sup>94</sup> (vgl. News Network Internet Service GmbH 2014.)

<sup>95</sup> (vgl. ZEIT ONLINE GmbH 2014.)

- Weniger Rechte für die Bürger und damit auch sinkender Verbraucherschutz zugunsten der Profite von Konzernen.
- Unzählige Lobbyisten von größten Firmen versuchen Einfluss ausüben, zum möglichen Schaden von Konsumenten und Unternehmen.
- Die Industrie fürchtet hohe Zusatzinvestitionen, aufgrund der Angleichung technischer Standards und Normen. Bestimmungen, wie etwa die Länge von Stoßstangen, die Helligkeit der Scheinwerfer und andere Details, brauchen lange um angepasst zu werden und verschlingen Know-How und Geld.
- Die Privatisierung von Allgemeingut wie Luft und Wasser.
- Das Freihandelsabkommen könnte auch kreative und kulturelle Angelegenheiten betreffen. Buchhändler etwa fürchten um die Buchpreisbindung. Schon jetzt versucht Amazon, Apple mit seinem iTunes und Google die Buchpreisbindung in Europa zu kippen. Auch geringere Steuern auf Bücher könnten der Branche zusetzen.
- Das Copyright auf viele Werke könnte aufgeweicht werden und sich dem werterfreundlichen Modell der Angelsachsen annähern oder dieses übernehmen. Das würde bedeuten, nicht der Verfasser eines Werkes würde verstärkt profitieren, sondern das Unternehmen, das dessen Werke verkauft. Doch noch könnte es gelingen, diesen kulturellen Bereich aus den Verhandlungen herauszuhalten.<sup>96</sup>

Im Folgenden möchte ich, wie im Kapiteleingang bereits kurz angedeutet, auf die wichtigsten und aussagekräftigsten Gefahrenpotentiale des Freihandelsabkommens näher eingehen. So werden unter Kapitel 5.1. die Gefahren für Lebensmittelstandards und mögliche Auswirkungen beschrieben. In Punkt 5.2. möchte ich auf die Gefahren für Umwelt und Gesundheitsschutz, wie den Einsatz von Chemikalien zur hormonellen Behandlung von Lebewesen oder entstehende Umweltgefahren durch Fracking eingehen.

## 5.1 Lebensmittelstandards

Wie bereits eingangs erwähnt, sind durch einen Abschluss des Freihandelsabkommens die im Vergleich zur USA hohen Standards im Bereich der Lebensmittel stark gefährdet, da sich die USA und die EU im Zuge der Verhandlungen auf einen gemeinsamen Mittel-

---

<sup>96</sup> (Zitat: news network internet service GmbH 2014.)

weg einigen müssen. So könnten viele Standards durch welche sich der Europäische Markt auszeichnet aufgelassen werden.



**Abbildung 10: Kritikpunkte im Bereich Lebensmittelstandards<sup>97</sup>**

Aufgrund der geringen Hygienestandards in den USA ist es erlaubt und üblich, die Hühner nach dem Schlachten zur Desinfizierung in ein Chlorbad zu tauchen. Diese Vorgehensweise sowie der Export in die EU, sind in der EU seit 1997 verboten. Durch die geringen Standards in den USA ist es dort möglich die Hühner billiger zu verkaufen. Bei Zustandekommen eines Freihandelsabkommens, könnte der Verkauf von Chlorhühnchen in der EU erlaubt und geregelt werden. Sollte dies in der EU weiterhin verboten sein, so würden die Hühnerkonzerne der USA die Möglichkeit haben, bei einem zivilen Schiedsgericht ihren entgangenen Gewinn durch das Verkaufsverbot in Europa einzuklagen. Die Thematik Schadensersatzklagen über unabhängige Schiedsgerichte wird unter Kapitel 5.3. näher erläutert.

Ein weiterer Gefahrenpunkt ist der mögliche Verkauf von gentechnisch manipulierten Lebensmitteln. Derzeit sind für die Verbraucher in der EU Lebensmittel welche ohne Gentechnik erzeugt wurden, aufgrund der Kennzeichnung, leicht zu erkennen. Doch die Agrarkonzerne wollen solche Regelungen im Zuge der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen auszuhebeln. In die Verhandlungen mischen sich auch jede Menge Interessengruppen, wie große, internationale Konzerne und deren Lobbyisten ein. So versucht zum Beispiel der internationale Konzern Monsanto, das Freihandelsabkommen dazu zu nutzen, um in Europa amerikanische Verhältnisse im Punkte Kennzeichnung von gentechnisch manipulierten Lebensmittel einzuführen. Dies liegt im Interesse des Saatgutherstellers Monsanto, da dieser durch gentechnisch verändertes Saatgut jede Menge Geld ver-

<sup>97</sup> (Greenpeace in Zentral- und Osteuropa 2014.)



dient. Monsanto argumentiert, dass die Kennzeichnung ein „Handelshemmnis“, ähnlich wie Zölle sei. Da durch ein Freihandelsabkommen Handelsbarrieren wie eben der Zölle abgeschafft werden, müsse auch eine Kennzeichnung von gentechnisch manipulierten Lebensmitteln abgeschafft werden.<sup>98</sup>

Spielt man diese Gedanken weiter und legt diese auf andere Beispiele um, wodurch sich die Standards der USA und der EU unterscheiden, wie etwa Hormonfleisch, werden die immer häufiger werdenden Bedenken seitens der Bürger in der EU mehr und mehr verständlich.

Gerne würde ich auch ein paar Nachteile sowie Gefahren für die USA aufzählen. Doch im Bereich Lebensmittel sind diese aufgrund der niedrigen Standards im Vergleich zur EU, wenn überhaupt vorhanden, vernachlässigbar klein.

## 5.2 Umwelt- und Gesundheitsschutz

Neben den genannten Diskrepanzen im Lebensmittelbereich werden auch große Gefahren durch ein Freihandelsabkommen im Umwelt – und Gesundheitsschutz befürchtet. Zentrale Themen dieser Sparten sind der Chemikalienbereich und das Fracking, die Förderung von unkonventionellem Gas.

Die Gesetzlage im Chemikalienbereich zwischen den USA und der EU weist sehr große Unterschiede, vor allem in der Zulassung von Chemikalien sowie der Eingriffsmöglichkeit des Staates auf. In Amerika gibt es seit 1976 eine Einrichtung, Toxic Substances Control Act (TSCA) welche neuentwickelte und auf dem Markt eingesetzte Chemikalien überprüft. Aufgrund der Zugeständnisse zu Geschäftsgeheimnissen, ist die genaue Zusammensetzung vieler Stoffe nicht bekannt und so kann in weiterer Folge das genaue Gefahrenpotenzial nicht hinreichend genau beurteilt werden. Vielleicht ist auch dies ein Grund, warum seit 1979 erst fünf Chemikalien auf der Verbotsliste der TSCA stehen. Viele hormonell wirksame Stoffe stehen nicht auf der Verbotsliste. Ein anderer Grund ist die Gesetzgebung. Die TSCA kann einen Stoff erst dann verbieten, wenn dieser nachweislich gefährlich ist. Bei Verdacht auf ein unangemessenes Risiko kann die Behörde lediglich das Inverkehrbringen vorübergehend einschränken oder Tests verlangen.

In der EU ist die Situation wie folgt geregelt: die 2003 erlassene Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH-Verordnung) bewertet grundsätzlich jeden Stoff als schädlich bis dies durch einen entsprechenden Nachweis des Inverkehrbringers widerlegt wird. Anders als in den USA müssen hier die

---

<sup>98</sup> (vgl. Süddeutscher Verlag 2013.)

Daten der jeweiligen Stoffe offengelegt werden, um eine Marktzulassung zu erlangen. Ab einer Produktion von nur geringen Mengen muss ein umfangreicher Sicherheitsbericht zu möglichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Umwelt erstellt werden. Außerdem hat die Europäische Chemikalienagentur (EChA) das Recht, Informationen zu einzelnen Stoffen nachzufordern, oder eine Beschränkung anzuordnen. So sind derzeit in der EU etliche Stoffe verboten, welche in den USA für die gleichen Anwendungen erlaubt sind. Beispiel: der Weichmacher „Bisphenol A“ in Babyflaschen.<sup>99</sup>

In den Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen stehen derzeit zwei unterschiedliche Systeme zur Diskussion. Zum Einen die USA als „lockere Prüfinstanz“ zum Anderen die EU mit einem „strengen Vorsorgeprinzip“. So betrachtet die USA die vorsorglichen Regelungen der EU als Handelshindernis und drängt seit längerem, und speziell in den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen auf eine Schwächung dieser Regelungen.<sup>100</sup> Dies würde bedeuten, dass bald auch in der EU eine Vielzahl von derzeit verbotenen, gesundheitsschädlichen Stoffen zugelassen werden könnte um den USA kein Potential für mögliche Klagen wegen einem „entgangenem Gewinn“ zu bieten. (siehe Kapitel 5.3).

Ein weiteres zentrales Thema im Umwelt- und Gesundheitsschutz ist das Fracking, die Förderung von unkonventionellem Gas. Bei diesem Verfahren wird ein Gemisch von rund 94,5 Prozent Wasser, 5 Prozent Sand und 0,5 Prozent chemischer Zusätze unter hohem Druck in die Gesteinsschicht gepresst. Dadurch wird das Gestein aufgebrochen und es ist möglich, Gas- und Ölvorkommen zu fördern, welche in die Gesteinsschichten gebunden sind. Der beigemischte Sand dient dazu, die Risse soweit offen zu halten, dass das Gas bzw. das Öl herausströmen kann. Diese Methode zur Gas- und Ölgewinnung ist schon aus Gründen des Klimaschutzes nicht sinnvoll, weil die Emissionen bei der Förderung des Gases höher liegen und zudem die Emissionsbilanz des Gases deutlich verschlechtern. Außerdem sind die Risiken bei der Förderung sehr hoch. Die in hohen Mengen eingesetzte Chemikalie enthält Stoffe, welche umweltgefährdend und giftig sind. Das dabei entstandene Bohrwasser kann beispielsweise durch Risse im Gestein in das Grundwasser gelangen und in weiterer Folge in die Trinkwasserversorgung gelangen. Ökosysteme können durch die Verschmutzung von Grundwasser gefährdet werden. Diese äußerst fragwürdige Technologie wird in den USA standardmäßig eingesetzt. Hier wurde die inländische Gasproduktion erheblich gesteigert wodurch in weiterer Folge die Energiepreise drastisch sanken.<sup>101</sup>

---

<sup>99</sup> (vgl. Klimenta 2014, Kapitel 2, Seite 43ff.)

<sup>100</sup> (vgl. Klimenta 2014, Kapitel 2, Seite 48f.)

<sup>101</sup> (vgl. Klimenta 2014 Kapitel 2, Seite 49f.)

Das transatlantische Freihandelsabkommen würde zum Einen die Ausfuhr von Fracking-Gas in die EU erleichtern zum Anderen würde die EU aufgrund der Gasvorkommnisse einen lukrativen Markt für Fracking-Konzerne eröffnen. Somit stehen sich bedingt durch das Freihandelsabkommen wieder zwei verschiedene Ansichtsweisen gegenüber: Senken der Umwelt- und Gesundheitsstandards um gleiche und „faire“ Bedingungen für alle zu schaffen oder auf die Standards und Verbote beharren und dadurch großen Konzernen die Möglichkeit zu bieten, die Staaten mit hohen Schadensersatzklagen zu belasten.

### 5.3 Schadensersatzklagen

Wie in den Kapiteln 5.1 und 5.2 erläutert, stehen die USA und vor allem die EU bei vielen Verhandlungspunkten zum transatlantischen Freihandelsabkommen immer wieder vor derselben Entscheidung. Entweder sie senken die Standards auf den Level des jeweiligen anderen Verhandlungspartners und gefährden dadurch Gesundheit und Umwelt. Oder aber die Verhandlungspartner beharren auf ihre jeweiligen Standards und laufen dadurch Gefahr, von großen Konzernen auf „entgangenen Gewinn“ verklagt zu werden.

Zur Abwicklung solcher Klagen sollen Schiedsgerichte installiert werden. Unter einem Schiedsgericht versteht man ein privates Gericht, welches allein durch Abrede der jeweiligen Streitparteien zusammentritt und ein Urteil ausspricht. Ein Schiedsgericht kann aus beliebig vielen unabhängigen Schiedsrichtern bestehen, häufig wird einer oder drei eingesetzt. Beim Freihandelsabkommen soll geregelt werden, dass diese Schiedsgerichte unter der Aufsicht von Weltbank und UNO organisiert werden. Durch die Schiedsgerichte wird es einzelnen Konzernen ermöglicht, auf gleicher Ebene wie der Staat zu verhandeln und Entschädigungszahlungen vom Staat zu erhalten. Ein Grund für diese Entschädigungszahlungen wäre zum Beispiel wenn die Schiedsgerichte befinden, dass durch bestimmte Gesetze oder Regelungen eines Staates die zu erwartenden zukünftigen Gewinne eines Unternehmens eingeschränkt werden. Durch diese Regelung würden die Rechte der einzelnen Unternehmen höherwertig einzustufen sein als die der Staaten. Durch Argumente, dass die Gesundheits-, Finanz-, Umwelt- oder sonstige Politik der Regierung die Investorenrechte der Unternehmen beeinträchtigt kann der Staat über die Schiedsgerichte auf Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe verklagt werden.

In den USA wurde dieses System bereits bei mehreren, existierenden Freihandelsabkommen angewandt. Durch diese Regelung musste die USA bereits über 400 Millionen Dollar von Steuergeldern an Unternehmen bezahlen. Gründe dafür waren beispielsweise die Verbote von giftigen Substanzen, Lizenzregeln, Gesetze über Wasserschutz oder Waldnutzung. Derzeit sind aus oben genannten Gründen Klagen mit einem Streitwert von mehr als 14 Mrd. Dollar offen. Durch ein Zustandekommen des Freihandelsabkommens würde sich somit für Europäische sowie Amerikanische Unternehmen ein Streitpotential in Milliardenhöhe ergeben. Außerdem müsste der Staat auch für „indirekte Enteignung“ auf-

kommen. Das bedeutet, dass ein Staat Schadensersatz bezahlen muss, wenn er neue Regelungen und Gesetze beschließt, welche den Wert einer Investition verringern. Auch dann wenn diese für die gesamten beteiligten Staaten und alle Unternehmen gilt. Durch solche Festlegungen könnten ausländische Investoren Entschädigung aufgrund von Gesundheits- und Sicherheitsstandards von Konsumgütern, Gesetze über Umweltschutz und Flächennutzung sowie bei Entscheidungen der Ausschreibung staatlicher Projekte fordern.<sup>102</sup>

Der Einsatz von Schiedsgerichten und den dadurch sehr hohen Einfluss von Unternehmen auf den Staat hat zur Folge, dass Gesetze und Regelungen zur Verbesserung von Standards in der Medizin, Gesundheit, Lebensmittelqualität, Umwelt und dergleichen durch den Staat nur noch bedingt beschlossen werden. Denn durch den Beschluss von neuen Gesetzen und der Anhebung von Standards muss der Staat mit Klagen in Milliardenhöhe rechnen. So hat beispielsweise die kanadische Regierung das Verbot eines toxischen Zusatzstoffes für Autobenzin zurückgenommen um etwaigen Klagen der Unternehmen zu entgehen.

---

<sup>102</sup> (vgl. Umweltinstitut München e.V. 2014.)

## 6 Chancen durch ein Freihandelsabkommen

Neben den im vorigen Kapitel genannten Gefahren und Nachteilen gibt es aber auch eine positive Seite des transatlantischen Freihandelsabkommens. So ergeben sich dadurch auch viele Chancen für diverse Unternehmen, Personen oder etwa den Staat. Im folgenden werden ein paar grundlegende Chancen, welche das transatlantische Freihandelsabkommen mit sich bringt veranschaulicht.<sup>103</sup>

- Das Freihandelsabkommen hat positive Auswirkungen auf die Wirtschaft und auf die Steigerung des Bruttoinlandsproduktes in den USA als auch der EU.
- Exportzuwachs: Vor allem Unternehmen welche ihre Produkte hauptsächlich exportieren profitieren vom Freihandelsabkommen.
- Durch das Abkommen erhalten alle Beteiligten einen Zugang zu einer Vielzahl an neuen Verbrauchern.
- Sinkende Kosten für Aufträge, da Unternehmen der USA als auch der EU an öffentlichen Ausschreibungen gleichermaßen teilnehmen können.
- Einheitliche Standards sollen geschaffen werden. Das bedeutet dass unter anderem im Medizin-, Lebensmittel-, Gesundheitsbereich einheitliche Vorschriften gestaltet werden, welche die Kosten für transatlantische Geschäfte senken.
- Die Konsumenten können Waren billiger einkaufen, da die Auswahl an unterschiedlichen Produkten größer wird.
- Die Steigerung des Gewinnes in der Lebensmittelbranche wird mit über 5 Mrd. Euro prognostiziert.

Betrachtet man die genannten Chancen genauer so wird verdeutlicht, dass durch das transatlantische Freihandelsabkommen ein einheitliches Wirtschaftssystem geschaffen werden soll. In diesem System sollen einheitliche Standards für Lebensmittel, Medizin und Umwelt geschaffen werden. Dies bedeutet, dass überall in den betroffenen Ländern die gleich „gute“ medizinische Versorgung sichergestellt wird. Desweiteren müssen auch alle in den Verkehr gebrachten Lebensmittel einen Mindeststandard erfüllen. So wird es für

---

<sup>103</sup> (vgl. ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN 2014.)

den Konsumenten einfacher die gleichen Waren überall in dem Wirtschaftsraum zu erhalten. So ergeben sich vor allem für Export Unternehmen neue Märkte, um Ihre Produkte und Dienstleistungen zu vertreiben. Sind derzeit bestehende Zölle und Ausfuhrbestimmungen ein Hindernis, so fallen diese mit Abschluss des Abkommens weg. Durch die Vereinheitlichung von Standards und Regelwerken werden auch Unternehmen aus dem jeweils anderen Kontinent im Punkto Preis konkurrenzfähig, da dieselben Bedingungen für den gesamten Wirtschaftsraum gelten und nicht ortsspezifische Produkte und Dienstleistungen produziert werden müssen. Neben den Vorteilen welche sich für Konsumenten und Unternehmen ergeben ist eines nicht zu vergessen, nämlich, dass durch den „wirtschaftlichen Zusammenschluss“ von den USA und der EU die größte Wirtschaftsmacht der Welt entsteht.

In weiterer Folge möchte ich auf einige Vorteile im speziellen für die des Lebensmittelmarktes näher eingehen. Unter Punkt 6.1. werden Vorteile für den Lebensmittelmarkt, dem hohe Gewinnsteigerungen prognostiziert werden, detailliert erläutert. Hier wird auf die Vorteile durch die Vereinheitlichung der Standards als auch auf die Vorteile für Konsumenten und Unternehmen näher eingegangen. Im Kapitel 6.2 werden Chancen, welche sich für die Umwelt und Gesundheit ergeben näher erläutert. Abschließend möchte ich im Kapitel 6.3 kurz auf die entstehende Wirtschaftsmacht und die damit verbundenen Vorteile eingehen.

## **6.1 Chancen für den Lebensmittelmarkt**

Wie bereits im Kapiteleingang erwähnt, werden durch das transatlantische Freihandelsabkommen im Lebensmittelbereich neben den in Kapitel 5 erwähnten Gefahren auch neue Chancen entstehen. So werden durch das Abkommen einheitliche Standards und Produktbestimmungen geregelt und dadurch Produkte billiger verkauft werden können.

Betrachtet man die derzeitige Zollsituation so liegt diese im transatlantischen Handel derzeit bei rund 3,5 Prozent. Dieser Wert ist zwar gering, jedoch für große Exportunternehmen ein Handelshemmnis, da dadurch die Waren im Ausland künstlich verteuert werden. Dies hat für kleine heimische Unternehmen den Vorteil, dass diese geschützt werden, da die „billige Konkurrenz aus dem Ausland“ aufgrund des Zollaufschlages preistechnisch nicht konkurrieren kann und somit ein Nachteil für den Konsumenten darstellt, da für ihn die Produkte teurer sind. Durch den Erlass von Zöllen haben exportierende Unternehmen die Möglichkeit auch auf dem ausländischen Markt konkurrenzfähig zu werden. Durch das steigende Angebot an unterschiedlichen Produzenten und die dadurch größere Auswahl an Lebensmitteln und Produkten wird auch der Preis nach unten getrieben. Somit ergibt sich zum Einem die Chance für Unternehmen sich im ausländischen Markt zu etablieren

um Gewinne zu erzielen und zum Anderen der Vorteil für den Konsumenten durch den Preiskampf der mehr werdenden Anbieter und des vielfältigen Angebots.<sup>104</sup>

Neben den Wegfall von Zöllen ist hier auch ein weiterer Faktor entscheidend. Nämlich eine umfassende Liberalisierung, sprich einheitliche Vorschriften, Standards und Regelungen für alle beteiligten Länder. Nehmen wir die im Kapitel 5 beschriebene Thematik, das Chlorhuhn, wieder auf und versuchen anhand des folgenden Beispiels Chancen und Vorteile bezogen auf einheitliche Vorschriften, Standards und Regelungen zu erläutern.

Ein mittelständisches amerikanisches Unternehmen verkauft in Amerika seine Hühner nach den dort geltenden Vorschriften und Gesetzen. Ein Verkauf und Export nach Europa ist diesem Unternehmen seit 1997 verboten und somit besteht auch die Möglichkeit zum Zutritt in den Europäischen Markt unter diesen Voraussetzungen nicht. Hierfür müsste er eine entsprechende Hühnerfarm installieren, welche den europäischen Vorschriften und Standard entspricht. Aufgrund der hohen Kosten dafür ist dieser in weiterer Folge in der EU als auch in den USA, nicht mehr konkurrenzfähig. Neben den genannten Punkten fallen für die Zulassung im Europäischen Markt teure Gutachten durch Sachverständige und Behörden an, um zu klären ob die neue Farm den Vorschriften im jeweiligen Land entspricht und das Produkt somit verkauft werden darf. Aufgrund der hohen Kosten wird dem Unternehmen unmittelbar Kapital entzogen welches nicht mehr für Investitionen zur Verfügung steht. Diese Kosten stiften für den Konsumenten keinen Nutzen. Dieser Nachteil betrifft vor allem kleine Unternehmen, da die annähernd gleichen Kosten von einem großen Unternehmen leichter getragen werden können. Durch das Freihandelsabkommen sollen gemeinsame Standards und Vorschriften erarbeitet bzw. die bestehenden Standards gegenseitig anerkannt werden und so entscheidende Vorteile für die Einbringung auf neuen Märkten bringen, so auch für das bereits erwähnte Unternehmen welches Chlorhühner verkauft.

Laut einer Studie des ifo-Institutes soll dadurch über einen längeren Zeitraum betrachtet der transatlantische Handel um rund 80 Prozent ausgeweitet werden.<sup>105</sup>

Neben den Chancen für Unternehmen, sich auf neuen Märkten präsentieren zu können, ergeben sich auch für die Konsumenten Vorteile. Diese können, wie beschrieben billigere Produkte einkaufen. Zudem vergrößern sich die Auswahl an unterschiedlichen Produkten und Lebensmitteln.

---

<sup>104</sup> (vgl. ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN 2014.)

<sup>105</sup> (vgl. ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN 2014.)

## 6.2 Chancen für Umwelt- Gesundheitsstandards

Neben den oben genannten Chancen und Vorteilen welche sich durch einheitliche Standards im Lebensmittelbereich ergeben sind ähnliche Chancen auch im Bereich der Umwelt sowie Gesundheit zu erwarten.

Im Medizinbereich könnten beispielsweise Fortschritte und neue Entwicklungen schneller in den anderen Staaten zugelassen werden. So könnte ein Medikament welches in den USA entwickelt und zugelassen wird auch automatisch eine Zulassung für den Verkauf im Europäischen Markt erhalten.<sup>106</sup> Dadurch wird die Auswahl an Medikamenten und neuen Behandlungsmöglichkeiten erweitert und verbessert. Weil vor allem in Ländern mit bis dato niedrigen Standards Produkte aus anderen Staaten ohne aufwendige und zeitintensive Bürokratie zugelassen und eingesetzt werden können.

So sehen wir relativ rasch, dass es auch hier zwei unterschiedliche Betrachtungsweisen gibt. Von Seiten der USA könnte argumentiert werden, dass die hohen Europäischen Standards Gesetz werden, und somit das Gesundheitssystem und auch der Umweltschutz in den USA deutlich verbessert werden würde. Dies klingt auf den ersten Blick sehr gut, bei genauerem Hinsehen und Hinterfragen dieser Argumente erkennt man jedoch rasch, dass die Umsetzung der Europäischen Standards in den USA mit sehr hohen Kosten verbunden wären, und diese sind durch das amerikanische System welches zur Zeit schon mit der Finanzierung und Sicherung des eigenen Gesundheitssystems zu kämpfen hat, nicht zu tragen. Desweiteren würde die Umsetzung des Systems mehrere Jahrzehnte dauern.

Somit ist es wahrscheinlicher, dass bei einheitlichen Standards, geregelt im transatlantischen Freihandelsabkommen, die Europäische Union sich auf einen Kompromiss einigen wird und die Standards der USA bei guten Verhandlungen vielleicht ein Mittelweg festgeschrieben und Vertragsbestandteil werden. Die Folgen daraus, nämlich die mögliche Überflutung mit Produkten aus den USA, weil billiger, und der Einsatz von Schiedsgerichten zur Einhebung des entgangen Gewinnes wurden bereits im Kapitel 5.3 ausführlich beschrieben.

Trotz der vielen und oft prophezeiten Vorteile und Chancen für neue Produkte und Unternehmen werden es die Wirtschaft und vor allem große, internationale Unternehmen sein, die wirklich und auch langfristig vom Freihandelsabkommen profitieren.

---

<sup>106</sup> (vgl. SÜDWESTRUNDFUNK - Anstalt des öffentlichen Rechts 2013.)



### 6.3 Gewinner des Freihandelsabkommens

Fasst man die Nachteile des Freihandelsabkommens zusammen, so wird deutlich, dass das Freihandelsabkommen vor allem Vorteile für große, internationale Unternehmen mit sich bringt. Im Punkte Qualität und Standards, egal ob im Lebensmittelbereich, der Umwelt, der Gesundheit oder etwa dem Datenschutz überwiegen nämlich wie im Kapitel 5 beschrieben und im Kapitel 6 verdeutlicht die Nachteile und die Gefahr von Umwelt-, gesundheitsgefährdender, minderwertiger Qualität bedingt durch niedrigere Standards, aufgeweichten Vorschriften und Gesetzen. Hiervon ist hauptsächlich die Europäische Union betroffen.

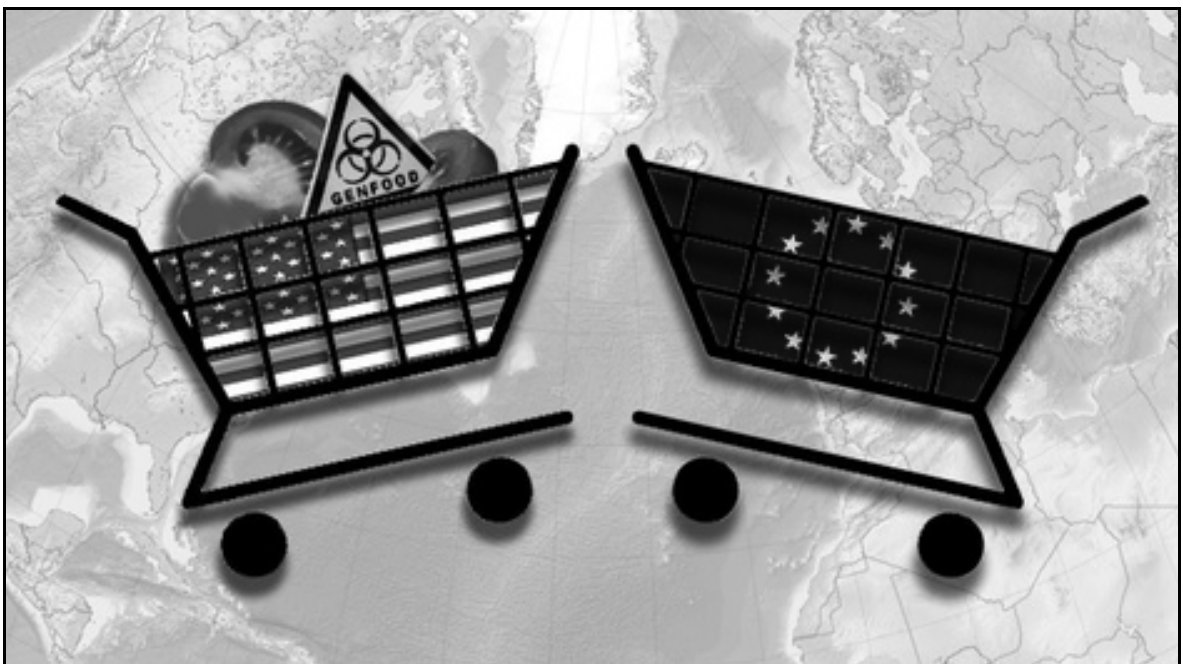


Abbildung 11: Chancen für die USA<sup>107</sup>

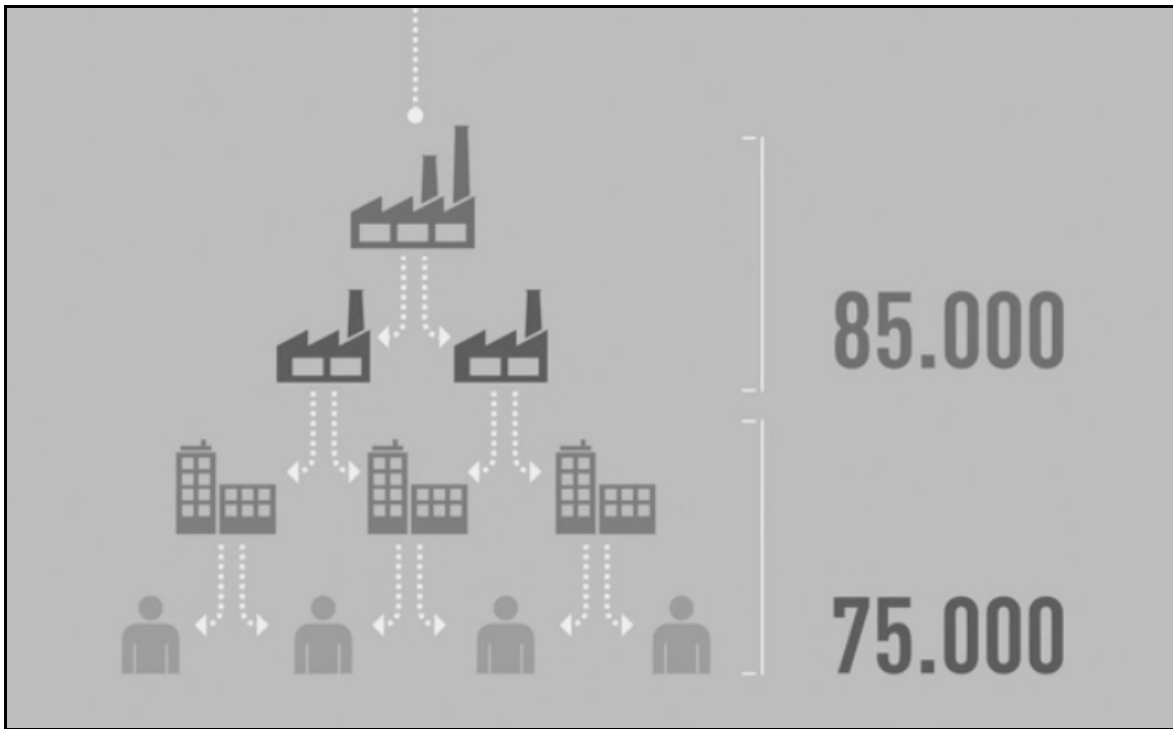
Viele bisherige Studien, welche die möglichen Folgen des transatlantischen Freihandelsabkommens untersucht haben, kamen zum Ergebnis, dass erhebliche ökonomische Vorteile zu erwarten sind.<sup>108</sup> Laut einer Studie des Ces-ifo-Institutes schafft das transatlantische Freihandelsabkommen einen Anstieg des realen Pro-Kopf-Einkommens in den USA sowie auch in der EU. Berechnungen zufolge würde das reale Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland um rund 4-5 Prozent steigen. Desweiteren würde das Freihandelsabkommen

---

<sup>107</sup> (Die Grünen - Die Grüne Alternative 2014.)

<sup>108</sup> (vgl. Ecologic Institut gemeinnützige GmbH 2014.)

über 400.000 neue Arbeitsplätze bringen, allein in Deutschland wären es rund 160.000.<sup>109</sup> Betrachtet man die 160.000 Arbeitsplätze in Deutschland im Detail, so teilen sich diese in zwei Gruppen auf. 75.000 Arbeitsplätze entfallen indirekt auf die nicht direkt exportierenden Branchen und den Dienstleistungssektor. Auf neu entstehende Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe würden 85.000 Arbeitsplätze entfallen.



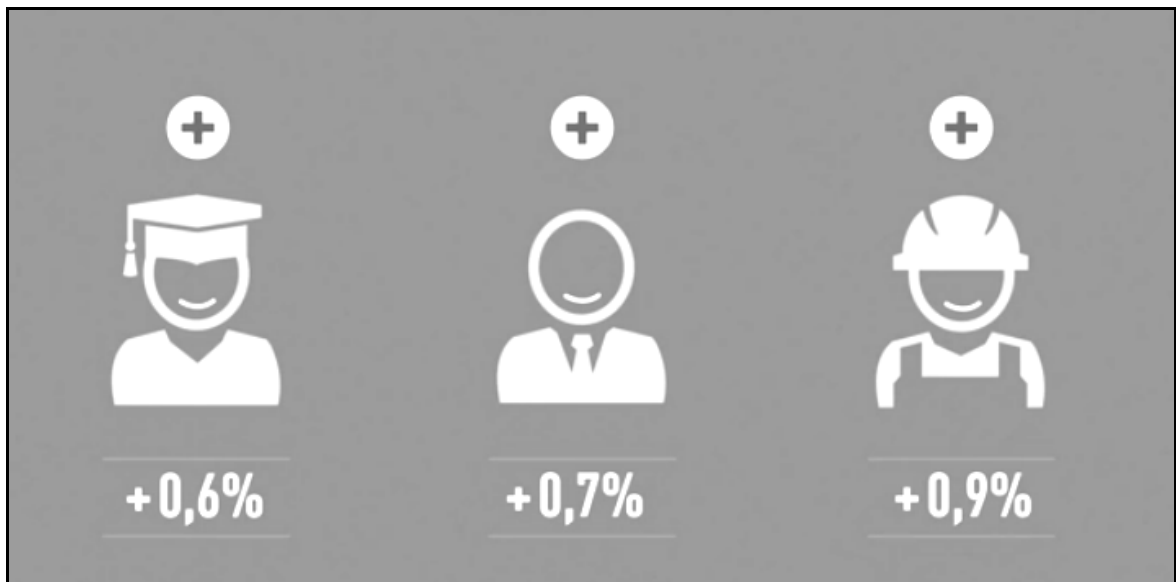
**Abbildung 12: Aufteilung der Arbeitsplätze in Deutschland<sup>110</sup>**

Geht man davon aus, dass sich die Beschäftigungszuwächse dieser Branchen gleichmäßig über die Bundesländer verteilen, ergibt sich folgendes Szenario. Demnach führt ein Abkommen in jedem Bundesland zu neuen Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe. Die meisten Arbeitsplätze entstehen in exportstarken Bundesländern wie Bayern, Baden Württemberg und Nordrheinwestfalen. In diesen Bundesländern finden sich vor allem jene Branchen wieder welche am meisten durch das Handelsabkommen profitieren werden. Nämlich die Elektrobranche, Metallbranche und Fahrzeug- und Maschinenbau. Aber welche Arbeitsplätze würden entstehen? Berechnungen zufolge werden zusätzliche Arbeitsplätze auf alle Qualifikationsgruppen fallen, wobei die meisten auf gering qualifizierte Arbeitskräfte in der Elektrobranche und Metallerzeugung fallen werden. Wie bereits er-

<sup>109</sup> (vgl. CESifo GmbH 2013.)

<sup>110</sup> (Bertelsmann Stiftung 2013.)

wähnt, würde das Freihandelsabkommen auch zu einer Reallohnsteigerung führen. Diese wirkt sich auf die unterschiedlich qualifizierten Branchen unterschiedlich aus. So würde die Sparte mit den am niedrigsten qualifizierten Arbeitskräften am meisten profitieren. Hier sind Einkommenssteigerungen von bis zu 0,9 Prozent zu erwarten. Die Reallöhne der hoch qualifizierten Arbeitskräfte steigen nur um 0,6 Prozent.<sup>111</sup>



**Abbildung 13: Reallohnsteigerungen nach Qualifikation<sup>112</sup>**

Durch das Freihandelsabkommen würde das Bruttoinlandsprodukt der EU jährlich um 119 Mrd. Euro angekurbelt werden, in den USA um 95 Mrd. Euro. Was zur Folge hätte, dass das Reallohneinkommen je Haushalt in der EU etwa um 545 Euro steigt. In den USA würde das Realeinkommen pro Haushalt um 655 Euro steigen.<sup>113</sup> Denn durch die Verbindung der USA und der EU in einer Freihandelszone entsteht die größte Freihandelszone der Welt mit rund 800 Millionen Verbrauchern.<sup>114</sup> Durch eine Studie des Bertelsmann-Stiftung wird veranschaulicht, dass das transatlantische Freihandelsabkommen zur Konvergenz in Europa beiträgt. So profitieren Länder mit einem derzeit niedrigen Pro-Kopf-Einkommen,

<sup>111</sup> (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013.)

<sup>112</sup> (Bertelsmann Stiftung 2013.)

<sup>113</sup> (vgl. ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN 2013.)

<sup>114</sup> (vgl. "Die Presse" Verlags-Gesellschaft m.b.H. & Co KG 2013.)

wie zum Beispiel Rumänien, stärker als Länder mit einem hohen Einkommen wie zum Beispiel Luxemburg oder auch Österreich.<sup>115</sup>

Durch die Vereinheitlichung von Vorschriften und Sicherheitsstandards könnten in der EU jährlich bis zu 12 Mrd. Euro, in den USA bis zu 1,6 Mrd. Euro gespart werden. Außerdem sollen auch die Zölle eliminiert werden. Durch diese Effekte entsteht für viele exportierenden Firmen die Möglichkeit neue Märkte zu erschließen. Da erhebliche Kosten für Produktzulassungen, Sicherheitsprüfungen und diversen Zertifikaten, sowie die Zölle zur Einfuhr des Produktes wegfallen und somit die Möglichkeit zur Konkurrenzfähigkeit mit bestehenden Unternehmen besteht. Hiervon könnten kleine und mittlere Unternehmen am meisten profitieren.

Betrachtet man die Effekte im Detail, erkennt man, dass durch ein Freihandelsabkommen und die dadurch bedingte Zolleliminierung vor allem kleinere Länder profitieren. Diese sind stärker in die internationale Arbeitsteilung eingebunden und deshalb von fallenden Handelskosten stärker betroffen.<sup>116</sup>

---

<sup>115</sup> (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013, Seite 22f.)

<sup>116</sup> (vgl. ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN 2013.)

## 7 Ausblick / Schluss

Das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, mit all seinen Vorteilen, Chancen und vor allem Gefahren liegt hauptsächlich im Interesse der Politik und der großen Unternehmen, ihre Vormachtstellungen auf dem Weltmarkt noch stärker zu behaupten. So verfolgt die Politik das Interesse die Errungenschaften des Rechtsstaates und der Volkssouveränität abzubauen, um den internationalen Geldfluss dadurch anzukurbeln, und in diesem Zuge den Vorsprung gegenüber Staaten wie China und Indien zu sichern. Durch das Wirtschaftswachstum in China und auch in Indien in den letzten Jahren liegt es an den USA und der EU, Mittel zu finden um ihre Vormachtstellung weiter zu behaupten.

Die aufgezeigten Vorteile und Chancen wie zum Beispiel die Steigerung des Reallohnes, Wirtschaftswachstum, einheitliche Standards und Regelungen oder Senkung der Zölle welche das Handelsabkommen mit sich bringt stehen in keinem Verhältnis zu den möglichen Gefahren welche durch Vereinbarungen im Freihandelsabkommen stehen. Oder steht es etwa dafür, hohe Lebensmittelstandards, hormonfreies Fleisch, genmanipulationsfreie, biologische Anbauprodukte wie Mais, Tomaten und dergleichen für mögliche geringe Preissenkungen in Kauf zu nehmen? Treten diese überhaupt ein, oder ist es nur Taktik der Politik die Konsumenten positiv zu stimmen? Ist dies ein möglicher Grund warum die Verhandlungen stets hinter verschlossenen Türen verlaufen?

Ich habe in meiner Arbeit versucht wesentliche Fakten und mögliche Auswirkungen durch ein Zustandekommen des Freihandelsabkommens näher zu erläutern, und zu veranschaulichen, dass gezeigte und offengelegte Studien zwar auf den ersten Blick für ein Freihandelsabkommen sprechen, jedoch bei genauerer Betrachtung die Nachteile, insbesondere für die EU, überwiegen. Da diese im Vergleich zur USA höhere und weiterentwickelte Standards im Bereich Lebensmitteln, Umwelt, Gesundheit aufweist. Bei einer Einigung in den Verhandlungen wird in den meisten strittigen Punkten ein Kompromiss gefunden werden, welche zusätzlich zu den Interessen der Politik noch von großen Unternehmen beeinflusst werden wird. Hier bin ich der Meinung, dass bei guten Verhandlungen durch die Europäische Union ein Mittelweg gefunden werden kann, dieser aber gleichzeitig eine Verschlechterung für die EU darstellt.

In weiterer Folge möchte ich noch kurz den derzeitigen Stand der Verhandlung darstellen, was aufgrund der geheimen Verhandlungen über das Freihandelsabkommen nur begrenzt möglich ist.

**Stand der Verhandlungen:**

Das transatlantische Freihandelsabkommen wird seit dem 08.07.2013 zwischen den USA und der EU verhandelt. Bis dato folgten vier Verhandlungsrunden. Die erste Verhandlungsrunde dauerte vom 08.-12.07.2013. Am 15. November 2013 endete die zweite, einwöchige, Verhandlungsrunde. Vom 16.-21.12.2013 wurde das dritte Mal verhandelt. Die vierte Runde wurde vom 10.-14. März 2014 abgehalten.<sup>117</sup> Aus heutiger Sicht sind noch drei weitere Verhandlungsrunden bis zum Abschluss des Freihandelsabkommens geplant.

In der vierten Verhandlungsrunde verliefen die Verhandlungen größtenteils wie geplant. Vermutlich um Kritikern zum Freihandelsabkommen den Wind aus den Segeln zu nehmen wurden die Verhandlungen über den Investorenschutz offiziell bis nach der EU-Wahl vertagt. Kernthemen der Verhandlungen, wie auch schon in den vorangegangenen Verhandlungsrunden, waren Umweltschutz, Lebensmittelstandards, Datenschutz, Finanzmarktregulierung, Standards bei Chemikalien und Standards in der Pharmaindustrie.<sup>118</sup>

Die Informationen zu den laufenden Verhandlungen sind deshalb so knapp, weil diese unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. So haben die gewählten Volksvertreter der jeweiligen Mitgliedsstaaten der EU keinen Zugang zu den Verhandlungsdokumenten geschweige dem, zu den Verhandlungen. Anders sieht die Situation für rund 600 privilegierte Unternehmenslobbyisten aus. Diese Vertreten die Interessen großer, namhafter Unternehmen und haben Zugang zu den Verhandlungsdokumenten.

*„Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, die versteckten Interessen ans Tageslicht zu bringen, um das wahre Gesicht dieses Abkommens zu enthüllen und dagegen ankämpfen zu können!“<sup>119</sup>*

---

<sup>117</sup> (vgl. Bunse 2014.)

<sup>118</sup> (vgl. Die Grünen - Die Grüne Alternative 2014.)

<sup>119</sup> (Zitat: Felix Hilmar Alexander Werfel 2014.)

## Literatur

"Die Presse" Verlags-Gesellschaft m.b.H. & Co KG. *www.diepresse.com*. 17. 06 2013. <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/1419699/Freihandelsabkommen-soll-400000-neue-Jobs-schaffen> (Zugriff am 02. 04 2014).

Americanet. *Americanet.de*. 2013. <http://www.americanet.de/wirtschaft.html> (Zugriff am 07. 03 2014).

Bertelsmann Stiftung. *www.bertelsmann-stiftung.de*. 07. 06 2013. [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-CA17958C-F5117655/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_38052\\_38053\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-CA17958C-F5117655/bst/xcms_bst_dms_38052_38053_2.pdf) (Zugriff am 02. 04 2014).

—. *www.ged-shorts.de*. 2013. <http://www.ged-shorts.de/#!/ausgabe-2-oktober-2013/einkommen-jobs> (Zugriff am 02. 04 2014).

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. *www.lebensmittelministerium.at*. 2014. <http://www.lebensministerium.at/lebensmittel/qs-lebensmittel/lebensmittelkonsum/lebensmittelverbrauch.html> (Zugriff am 2014. 03 28).

—. *www.lebensmittelministerium.at*. 2014. [http://www.lebensministerium.at/land/eu-international/eu-freihandelabkomme/ttip\\_eu\\_usa\\_fta.html](http://www.lebensministerium.at/land/eu-international/eu-freihandelabkomme/ttip_eu_usa_fta.html) (Zugriff am 10. 03 2014).

—. *www.lebensmittelministerium.at*. 2014. [http://www.lebensministerium.at/lebensmittel/vermarktung/oe\\_leh.html](http://www.lebensministerium.at/lebensmittel/vermarktung/oe_leh.html) (Zugriff am 27. 03 2014).

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. *www.bmwi.de*. 2014. <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/dimensionen-auswirkungen-freihandelsabkommens-zwischen-eu-usa-summary,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> (Zugriff am 12. 03 2014).

Bundeszentrale für politische Bildung. *www.bpb.de*. 2013. <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/> (Zugriff am 05. 03 2014).

—. *www.bpb.de*. 2014. <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/135825/handelsanteile> (Zugriff am 08. 03 2014).

Bunse, Vera. *opalkatze.wordpress.com*. 2014. <http://opalkatze.wordpress.com/to-be-continue/ttip-tafta/> (Zugriff am 01. 04 2014).

CESifo GmbH. *www.cesifo-group.de*. 2013. [http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/research/Projects/Archive/Projects\\_AH/2013/proj\\_ah\\_ttip\\_freihandel.html](http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/research/Projects/Archive/Projects_AH/2013/proj_ah_ttip_freihandel.html) (Zugriff am 02. 04 2014).

Council für die internationale Wirtschaft. *www.ds-osac.org*. 2014. <http://www.ds-osac.org/wirtschaft-zwischen-amerika-und-europa/> (Zugriff am 08. 03 2014).

Deutscher Landwirtschaftsverlag GmbH . *www.agrarheute.com*. 2014. <http://www.agrarheute.com/freihandel-usa-auswirkungen-rindfleischmarkt-eu> (Zugriff am 16. 03 2014).

Die Grünen - Die Grüne Alternative. *www.gruene.at*. 2014. <https://www.gruene.at/themen/europa/ttip-stand-der-dinge> (Zugriff am 01. 04 2014).

—. *www.gruene.at*. 2014. <http://www.gruene.at/themen/europa/ttip-was-ist-das-eigentlich> (Zugriff am 02. 04 2014).

Duric, Hans-Peter. *Rechtsgrundlage für feststellenden Verwaltungsakt in Zeitschrift für Zölle und Verbrauchersteuern*. 2006.

Ecologic Institut gemeinnützige GmbH. *www.ecologic.eu*. 2014. <http://www.ecologic.eu/de/8655> (Zugriff am 02. 04 2014).

Ernst Klett Verlag GmbH. *www.klett.de*. 2014. [http://www2.klett.de/sixcms/list.php?page=geo\\_infothek&miniinfothek&node=USA+-+Wirtschaft&article=USA+-+Phasen+der+Wirtschaftsentwicklung+seit+1950](http://www2.klett.de/sixcms/list.php?page=geo_infothek&miniinfothek&node=USA+-+Wirtschaft&article=USA+-+Phasen+der+Wirtschaftsentwicklung+seit+1950) (Zugriff am 07. 03 2014).

Euro-Informationen (GbR). *EU-INFO*. 2014. <http://www.eu-info.de/europa/eu-eg-ewg/europaeischer-wirtschaftsraum/> (Zugriff am 03. 03 2014).

Europäische Kommission. *www.europa.eu*. 2013. [http://europa.eu/about-eu/eu-history/1980-1989/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/eu-history/1980-1989/index_de.htm) (Zugriff am 05. 04 2014).

Europäische Union. *www.europa.eu*. 2014. [http://europa.eu/legislation\\_summaries/development/african\\_caribbean\\_pacific\\_states/index\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/development/african_caribbean_pacific_states/index_de.htm) (Zugriff am 28. 03 2014).

European Commission. *www.ec.europa.eu*. 02 2013. [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2013/pdf/ee2\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2013/pdf/ee2_en.pdf) (Zugriff am 08. 03 2014).

EWK, Stabstelle. „Der Europäische Wirtschaftsraum - Kurzinformaton.“ *Powerpointpräsentation*. *www.sewr.llv.li*, Download: 03.03.2014. 01 2014.



Felix Hilmar Alexander Werfel. *www.episteme-online.de*. 2014. <http://www.episteme-online.de/texte/finanzkapitalismus/die-gefahren-des-usa-eu-freihandelsabkommens/> (Zugriff am 18. 03 2014).

Gabriel Felbermayr, Mario Larch, Finn Krüger, Lisandra Flach, Erdal Yalcin, Sebastian Benz. *Dimensionen und Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA*. Universität München: ifo-Institut, 2013.

Greenpeace in Zentral- und Osteuropa. *www.greenpeace.org*. 2014. <http://www.greenpeace.org/austria/de/themen/landwirtschaft/was-wir-tun/TTIP/Uber-das-Freihandelsabkommen-TTIP/> (Zugriff am 01. 04 2014).

ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. *www.cesifo-group.de*. 2013. <http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/facts/Aktuelles-Stichwort/Topical-Terms-Archive/Transatlantic-Free-Trade-Agreement.html> (Zugriff am 10. 03 2014).

IMF Family Association. *www.imf.org*. 2014. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2011/02/weodata/weorept.aspx?sy=2009&ey=2011&scsm=1&ssd=1&sort=country&ds=.&br=1&c=111&s=NGDPD%2CNGDPDPC%2CPPPGDP%2CPPPPC%2CPPPSH%2CLP&grp=0&a=&pr.x=35&pr.y=14> (Zugriff am 07. 03 2014).

Information, Communication and Civil Society unit - Trade A3. *www.ec.europa.eu*. 2014. [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/october/tradoc\\_148307.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/october/tradoc_148307.pdf) (Zugriff am 01. 04 2014).

kjl. *www.orghandbuch.de*.

Klimenta, Harald. *Die Freihandelsfalle Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung - das TTIP*. Hamburg: vsa-verlag, 2014.

Koch, Eckart. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*. München: Franz Vahlen GmbH, 1997.

—. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Band 1 : Internationaler Handel*. München: Franz Vahlen GmbH, 1997.

Kommission, Europäische. *www.eurostat.eu*. 28. 02 2014. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics\\_explained/images/b/b8/Main\\_players\\_for\\_international\\_trade%2C\\_2011\\_%28EUR\\_1\\_000\\_million%29-de.png](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/images/b/b8/Main_players_for_international_trade%2C_2011_%28EUR_1_000_million%29-de.png) (Zugriff am 07. 03 2014).

—. *www.eurostat.eu*. 28. 02 2014. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics\\_explained/index.php/International\\_trade\\_in\\_goods/de#Intra-EU-Handel](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/International_trade_in_goods/de#Intra-EU-Handel) (Zugriff am 07. 03 2014).

—. *www.eurostat.eu*. 28. 02 2014.

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics\\_explained/images/9/9e/Intra\\_and\\_extra\\_EU-27\\_trade%2C\\_2011\\_%28imports\\_plus\\_exports%2C\\_%25\\_share\\_of\\_total\\_trade%29-de.png](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/images/9/9e/Intra_and_extra_EU-27_trade%2C_2011_%28imports_plus_exports%2C_%25_share_of_total_trade%29-de.png) (Zugriff am 07. 03 2014).

Kommission, Generaldirektion für Kommunikation der Europäischen. *www.europa.eu*. 03. 03 2014. [http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/court-justice/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/court-justice/index_de.htm) (Zugriff am 03. 03 2014).

NAFTA. *www.nafta-sec-alena.org*. 2013. <https://www.nafta-sec-alena.org/Default.aspx?tabid=88&language=en-US> (Zugriff am 01. 04 2014).

news networkworld internetservice GmbH. *www.format.at*. 20. 03 2014. <http://www.format.at/articles/1412/931/373612/merkel-eu-us-freihandelsabkommen-die-10-aengste-firmen-konsumenten> (Zugriff am 21. 03 2014).

News Networkworld Internetservice GmbH. *www.profil.at*. 15. 01 2014. <http://www.profil.at/articles/1403/982/371566/ttip-warum-panik-freihandelsabkommen> (Zugriff am 18. 03 2014).

Parlamentsdirektion, Republik Österreich . *www.demokratiewebstatt.at*. 03 2014. <http://www.demokratiewebstatt.at/thema/thema-wirtschaft-und-arbeit/wie-funktioniert-wirtschaft-in-der-welt/was-ist-der-europaeische-wirtschaftsraum/> (Zugriff am 03. 03 2014).

SDI-Research, Dr. Villani & Partner KG. *www.sdi-research.at*. 2009. <http://www.sdi-research.at/lexikon/empirische-forschung.html> (Zugriff am 10. 04 2014).

Springer Fachmedien München GmbH. *www.verkehrsrundschau.de*. 2014. [http://www.verkehrsrundschau.de/fm/4494/USA-EU-Freihandelszone\\_Foto.jpg](http://www.verkehrsrundschau.de/fm/4494/USA-EU-Freihandelszone_Foto.jpg) (Zugriff am 05. 04 2014).

Springer Gabler | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH. *www.springer-gabler.de*. 2013. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/wirtschaftsraum.html#beziehungen> (Zugriff am 18. 03 2014).

—. *www.springer-gabler.de*. 2013. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/liberalisierung.html> (Zugriff am 18. 03 2014).

—. *www.wirtschaftslexikon.gabler.de*. 2014. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/fordismus.html> (Zugriff am 05. 04 2014).

Statista GmbH. *www.statista.com*. 2014. <http://de.statista.com/themen/617/lebensmittelhandel/> (Zugriff am 27. 03 2014).

—. *www.statista.com*. 2014. <http://de.statista.com/statistik/faktenbuch/331/a/laender/usa--vereinigte-staaten-von-amerika/wirtschaft-der-usa/> (Zugriff am 01. 04 2014).

Süddeutscher Verlag. *www.sueddeutsche.de*. 11. 11 2013.

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ttip-abkommen-zwischen-eu-und-usa-wie-die-gentech-lobby-freihandelsgespraeche-ausnutzt-1.1811693> (Zugriff am 21. 03 2014).

SÜDWESTRUNDFUNK - Anstalt des öffentlichen Rechts. *SÜDWESTRUNDFUNK*. 13. 02 2013. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/faq-freihandelszone-eu-usa100.html> (Zugriff am 01. 04 2014).

Umweltinstitut München e.V. *www.umweltinstitut.org*. 2014.

<http://umweltinstitut.org/freihandelsabkommen/allgemeines/freihandelsabkommen-hintergrund-ii-1141.html> (Zugriff am 28. 03 2014).

Vimentis. *www.vimentis.ch*. 24. 03 2013.

<http://www.vimentis.ch/d/lexikon/253/Liberalisierung.html> (Zugriff am 18. 03 2014).

Werfel, Felix Hilmar Alexander. *http://www.e-recht24.de*. 2014. <http://www.episteme-online.de/texte/finanzkapitalismus/die-gefahren-des-usa-eu-freihandelsabkommens/> (Zugriff am 20. 05 2014).

Wikimedia Foundation Inc. *www.wikipedia.org*. 2013.

[http://de.wikipedia.org/wiki/Mitteleurop%C3%A4isches\\_Freihandelsabkommen](http://de.wikipedia.org/wiki/Mitteleurop%C3%A4isches_Freihandelsabkommen) (Zugriff am 01. 04 2014).

—. *www.wikipedia.org*. 2013. [http://de.wikipedia.org/wiki/Amerikanische\\_Freihandelszone](http://de.wikipedia.org/wiki/Amerikanische_Freihandelszone) (Zugriff am 01. 04 2014).

—. *www.wikipedia.org*. 2014. [http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag\\_von\\_Lissabon](http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Lissabon) (Zugriff am 05. 04 2014).

Wirtschaftskammer Österreich. *www.wko.at*. 2014.

[https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Handelsabkommen/Handelsabkommen\\_EU-Drittstaaten.html](https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Handelsabkommen/Handelsabkommen_EU-Drittstaaten.html) (Zugriff am 28. 03 2014).

Woxikon 2006 - 2014 Eisbär Media GmbH / Christoph Kilz. *www.wissen.woxikon.de*. 14. 04 2014. <http://wissen.woxikon.de/bilateral> (Zugriff am 12. 04 2014).

ZEIT ONLINE GmbH. *www.zeit.de*. 09. 01 2014. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-01/fleischatlas-hormonfleisch-freihandel> (Zugriff am 18. 03 2014).

ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN. *www.3sat.at*. 2014.

[http://www.3sat.de/page/?source=/nano/glossar/freihandelsabkommen\\_eu\\_usa.html](http://www.3sat.de/page/?source=/nano/glossar/freihandelsabkommen_eu_usa.html) (Zugriff am 28. 03 2014).

—. *www.3sat.de*. 10. 12 2013.

[http://www.3sat.de/page/?source=/nano/glossar/freihandelsabkommen\\_eu\\_usa.html](http://www.3sat.de/page/?source=/nano/glossar/freihandelsabkommen_eu_usa.html) (Zugriff am 02. 04 2014).

—. *www.zdf.de*. 21. 03 2014.

[http://blog.zdf.de/3sat.makro/2014/03/21/freihandelsabkommen-ttip-eu-usa-teil-3-das-superschwergewicht-der-weltwirtschaft/2014-03-21\\_freihandel3\\_bertelsmann\\_ifo/](http://blog.zdf.de/3sat.makro/2014/03/21/freihandelsabkommen-ttip-eu-usa-teil-3-das-superschwergewicht-der-weltwirtschaft/2014-03-21_freihandel3_bertelsmann_ifo/) (Zugriff am 01. 04 2014).

—. *www.zdf.de*. 20. 03 2014.

<http://blog.zdf.de/3sat.makro/2014/03/20/freihandelsabkommen-ttip-eu-usa-vorteile/> (Zugriff am 01. 04 2014).

## **Selbstständigkeitserklärung**

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht.

Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Innsbruck, den 30.06.2014

Ing. Wolfgang Johannes Egger